

**Sport heute:
vom Sonntag!**

für Schlesien
Organ der KPD, Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Kohlenbergstr. 64, Tel. 400 30. Vertikales: Breslau 544, Rebellstr. 10, Kohlenbergstr. 10. Telefon 450 03. Geschäftszeit der Redaktion von 12-18 Uhr. Montag bis Freitag von 17-18 Uhr. Vertikales: Berlin, Sankt 6, Telefon 28 84. Geschäftszeit von 8-10 Uhr. Geschäftsstand: Hauptverlag Breslau, Sankt 6. Schlesische Verlagsgesellschaft m. B., Breslau, — Druck: „Berliner“ K.O., Pfl. Wertheim, Kohlenbergstr. 20, Telefon 484 11.

KPD-Funktionär in Hamburg von Nazis ermordet!

Genosse Hennig, Bürgerchaftsmitglied, von drei Nazi-Mördern gemeuchelt / Ueberfall im Autobus

Hamburg, 16. März. (Eig. Drahtber.) In Hamburg wurde der Genosse Ernst Hennig von drei Nazibanditen gemeuchelt, und zwar in einer Form, die bisher alle Nazi-Meuchelmorde in der vergangenen Zeit in den Schatten stellt. In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag fuhr Genosse Ernst Hennig, Mitglied der kommunistischen Fraktion der Hamburger Bürgerchaft mit einem Autobus aus dem zum Hamburger Staatsgebiet gehörenden Bierland nach Hamburg zurück. In der Nähe von Ochsenwerder stieg noch ein Parteigenosse in den Omnibus. An der nächsten Haltestelle, die Franke heißt, stiegen drei Männer in den Omnibus, die zunächst ruhig Platz nahmen. Plötzlich aber sprangen sie auf, zogen Pistolen aus der Tasche und schrien die Passagiere an: „Hände hoch!“ Dann fragten sie den Genossen Hennig, ob er der Kommunist André (ebenfalls kommunistisches Bürgerchaftsmitglied) sei und forderten ihn auf, seine Papiere vorzuweisen. Als Hennig seinen Namen nannte, schrien sie: „Gerade dich suchen wir!“ Im selben Augenblick gaben sie alle drei Schüsse auf Hennig ab, der sofort zu Tode getroffen zu Boden sank. Dann sprangen die drei Männer aus dem Wagen und schossen noch aus der Dunkelheit in den Wagen hinein. Hierbei wurde eine mitfahrende Hamburger Lehrerin von zwei Weinschüssen getroffen. Die Täter entkamen in der Dunkelheit.

Wie sich später herausstellte, haben die Mörder die Telefonleitungen zerschritten. Der Polizei ist es bisher noch nicht gelungen, festzustellen, wer die Mörder sind. Es ist auch zu bezweifeln, daß die Fingigkeit der Polizei des SPD-Schönfelder, die, wie auch die Niedererschließung des Regierungsrats Lassaly beweist, faschistisch verfeuert ist, zur Ermittlung der Täter reicht. Alle Anzeichen deuten aber darauf hin, daß dieser Meuchelmord von Mitgliedern der SA ausgeführt wurde. Der ermordete Genosse Hennig steht im 40. Lebensjahre und gehört der Hamburger Bürgerchaft seit 1928 an. Die Nachricht von der Ermordung des Genossen Hennig, die sich sehr schnell verbreitet hat, hat die Arbeiterschaft aufs äußerste erregt. Die „Hamburger Volkszeitung“ gab sofort ein Extrablatt heraus, indem sie die Ermordung des Genossen Hennig bekanntgab und zur Protestaktion aufrief. Die Polizei ist in erhöhter Bereitschaft, nicht aber etwa, um die Arbeiter vor dem faschistischen Terror zu schützen, sondern sie bemüht sich, mehrere politische Versammlungen der Nationalsozialisten im Hamburger Randgebiet zu schlingen.

Ergebnis der Bezirkskonferenz des KJVD.

Im Sturmtempo Eroberung der schlesischen Jungarbeiter

Gestern wurde die Bezirkskonferenz Schlesien des kommunistischen Jugendverbandes mit einem Kampfergebnis geschlossen. Die diesjährige Bezirkskonferenz zeigte schon durch den Delegiertenbesuch, daß auch im Bezirk Schlesien die Bewegung nicht nur vorgenommen worden, sondern es wurde sogar die Sturmperiode begonnen. Genosse Becker, der Reichstagsabgeordnete der wertvollen Jugend, referierte über „Die politische Lage und die Aufgaben des KJVD.“

In der Diskussion zeigte sich ein erfreuliches, hochstehendes Niveau. Sie hat gezeigt, daß die Phrase, daß das leere Wort aus den Reihen der Jungkommunisten verschwunden ist. In breitem Rahmen wurde bolschewistische Selbstkritik, rücksichtslos und offen, von der Bezirksleitung hinunter bis zu den Ortsgruppen geführt. Die Konferenz der Jungbolschewiken fand im Zeichen der Führung der Kämpfe des Jungproletariats um Brot und Freiheit.

Einen ausführlichen Bericht und die von der Konferenz angenommenen Resolutionen veröffentlichen wir morgen.

Wie sich später herausstellte, haben die Mörder die Telefonleitungen zerschritten. Der Polizei ist es bisher noch nicht gelungen, festzustellen, wer die Mörder sind. Es ist auch zu bezweifeln, daß die Fingigkeit der Polizei des SPD-Schönfelder, die, wie auch die Niedererschließung des Regierungsrats Lassaly beweist, faschistisch verfeuert ist, zur Ermittlung der Täter reicht. Alle Anzeichen deuten aber darauf hin, daß dieser Meuchelmord von Mitgliedern der SA ausgeführt wurde. Der ermordete Genosse Hennig steht im 40. Lebensjahre und gehört der Hamburger Bürgerchaft seit 1928 an. Die Nachricht von der Ermordung des Genossen Hennig, die sich sehr schnell verbreitet hat, hat die Arbeiterschaft aufs äußerste erregt. Die „Hamburger Volkszeitung“ gab sofort ein Extrablatt heraus, indem sie die Ermordung des Genossen Hennig bekanntgab und zur Protestaktion aufrief. Die Polizei ist in erhöhter Bereitschaft, nicht aber etwa, um die Arbeiter vor dem

Eine erhöhte Welle von Meuchelmorden ergießt sich in der letzten Zeit gegen die Arbeiterschaft. Immer frecher, immer provozierender treten die Nazimörder auf. Dieser letzte Meuchelmord an dem Genossen Hennig ist in seiner Form und Art einzig dastehend und gibt der Arbeiterschaft einen Vorgeschmack dessen, was ihr in der nächsten Zeit blüht, wenn sie diesen faschistischen Gelben nicht entschlossen gegenübertritt. Die Arbeiterschaft hat die Pflicht, alle Kräfte anzuspannen, die revolutionäre Einheitsfront gegen den Faschismus zu schließen und den Nazibanditen gegenüber zu treten.

Einem in den Kampfbund gegen den Faschismus! Stärkt die rote Front, verjagt die Faschisten!

Hamburger KPD-Jugend meutert gegen Panzerkreuzer-Bonzen

„Die SAJ. im ganzen Reich zu 99 Prozent kommunistisch verfeucht“

Hamburg, 14. März. Die „Hamburger Volkszeitung“ veröffentlicht einen Bericht über die Delegiertenversammlung der Hamburger KPD vom Donnerstag, in der es zu einem aufsehenerregenden Proteststurm der jungen Funktionäre und der Mitglieder der Sozialistischen Arbeiterjugend gegen die Panzerkreuzerpolitik der SPD kam. Der SPD-Diskussionsredner Hase erklärte dabei in der tumultartigen Diskussion:

„Nicht nur in Hamburg ist die Jugend kommunistisch verfeucht. Man kann sagen, daß 99 Prozent der Sozialistischen Arbeiterjugend im ganzen Reich kommunistisch verfeucht ist.“

In der stürmischen Diskussion, in der viele Gegner der Panzerkreuzerpolitik sprachen, stellte ein SAJ-Mitglied fest, daß die SAJ noch 300 Mitglieder mehr verloren habe. Der SAJ-Redner geißelte die Unterdrückungsmethoden gegen die Jugend.

Der SAJ-er Samann erklärte in seiner Rede, selbst auf die Gefahr hin, vom größten Teil der Delegierten niedergeschrien zu werden:

„Die Jugend sieht nur, was jetzt von der SPD gemacht wird (Kampferordnungen, Panzerkreuzer), das ist kein Weg zum Sozialismus.“

Der SAJ-er Linde wendet sich gegen die veralteten Funktionäre und berichtet, daß Reichstagsabgeordnete auf Diskussionsabenden der Jugend Ohrfeigen angeboten haben. Er greift Severing scharf an und sagt:

„Kann man denn heute noch von Demokratie in Deutschland reden? Brömmung tut das, was die Faschisten wollen.“ (Starker Beifall.)

SAJ-Gruppen beteiligen sich am Reichsjugendtag in Berlin

Aus den Bezirken Hamburg, Hessen-Frankfurt und Halle-Merseburg ist bereits die geschlossene Teilnahme von Gruppen der Sozialistischen Arbeiterjugend zum Reichsjugendtag der werktätigen Jugend in Berlin gemeldet worden.

Die Panzerkreuzer-SPD ist ohne Jugend, ohne Zukunft. Nicht zufällig hat sie für die Tagesordnung des kommenden Leipziger SPD-Parteitag ein Referat über die Jugendfrage angelegt, um Wege zu finden, die immer stärker sich erhebende Meuterei der SAJ mit Maulwürfen, Ohrfeigen und nötigenfalls mit Sowerings „Härteren Waffen“ zu erlösen.

Die Meuterei der Jugend ist ein Teil der Meuterei aller ehrlichen sozialdemokratischen Arbeiter, die gegenwärtig das ganze Parteigebäude der SPD erschüttert. Während die „Arden“ Führer

mieder feige schweigen, gehen jetzt die linken SPD-Arbeiter einen energischen Schritt weiter:
Sie kehren der Panzerkreuzer-SPD den Rücken!
Sie reißen sich in die Front der roten Einheitslisten bei den Betriebsrätewahlen ein.
Sie erkennen, daß die kommunistische Partei die einzige marxistische Partei ist.

Münchener „Neue Zeitung“ auf 3 Wochen verboten

München, 14. März. (Eigene Meldung.) Die kommunistische „Neue Zeitung“ wurde vom 14. März für drei Wochen verboten.

Wieder ist eine kommunistische Zeitung während eines großen Arbeitskampfes verboten worden. Den 40000 ausgesperrten bayerischen Metallarbeitern, die von den sozialfaschistischen DMB-Führern verraten worden sind, soll das Kampforgan geraubt werden.

KPD-Anschlag auf die SPD-Presse

Verbot der „Roten Fahne“ geplant, um die Stimmen der Arbeiterschaft gegen die Panzerkreuzerpolitik zu unterdrücken — Verleumdungskampagne gegen SPD-Sendewitz wird vorbereitet — Wird er aus der SPD austreten?

Wir haben am Sonnabend die Information eines sozialdemokratischen Funktionärs, der in den Kreisen des Parteivorstandes der SPD verkehrt, wiedergegeben, in der berichtet wird, mit welchen Methoden die Panzerkreuzer-Politik der SPD „geschert“ werden soll. Der „Vormärts“ hat bisher auf die Mitteilungen der KPD-Presse mit keinem Wort geantwortet.

Heute werden uns neue Tatsachen bekannt, die geeignet sind, den größten Widerhall in der Arbeiterschaft zu finden: Der Parteivorstand der SPD will nicht nur alle oppositionellen Arbeiter in der SPD als „kommunistische Spitzel“ verächtigen. Er hat sogar bereits an die Redaktion der sozialdemokratischen Blätter verleumderisches Material gegen Sendewitz verschicken lassen, das verwendet werden soll für den Fall, daß dieser aus der SPD austreten werde. Gleichzeitig fanden Besprechungen mit Sowering statt, in denen die Frage des Verbots der „Roten Fahne“ besprochen wurde. Auch die Groß-Berliner SPD-Führer sollen der Auffassung sein, daß ein mehrwöchiges Verbot der „Roten Fahne“ bei dem Panzerkreuzer-Sturm im Reichstag der Sozialdemokratie sehr gelegen kommen würde. In der Verleumdungskampagne gegen kommunistische Führer einlegen.

Wir teilen diese Tatsachen der gesamten Arbeiterschaft mit. Sie zeigen die ganze Verkommenheit der Panzerkreuzer-SPD. Wir werden selbstverständlich noch wie vor den SPD-Arbeitern den Weg gegen die Panzerkreuzer-Politik Ihrer Führer, den Weg der roten Einheitsfront gegen Reichsfaschismus und Brömming-Politik zeigen.

Im Kampfe gegen §218

O. Die Verhaftungen zweier Ärzte in Stuttgart, die Eröffnung der Untersuchung gegen 350 Frauen wegen Abtreibungsverdacht, die wachsende Notlage der proletarischen Frauen, die Steigerung der Mieten, Erhöhung von Massensteuern und Zöllen, brutaler Lohnabbau und nicht zuletzt der ungehörte Abbau der sozialen Fürsorge, die Streichung der letzten Million für Kindererziehung, des 400-Millionen-Reichszulusses für Wochenhilfe, der Verweigerung der Erwerbslosenunterstützung für verheiratete Frauen — alle diese harten Tatsachen der gegenwärtigen Notlage der Werktätigen, haben die Forderung nach Streichung des Abtreibungsparagraphen 218 als unmittelbare Kampfaufgabe auf die Tagesordnung gesetzt.

Die Empörung der gequälten, fast zur Verzweiflung getriebenen Frauen wächst, breitet sich aus, wird zum Volkssturm gegen § 218 und gegen die kapitalistische Gesellschaft, die ihn geschaffen und aufrechterhalten will und mündet damit ein in die große Volksaktion gegen Faschismus, Brüningpolitik und Preußenregierung.

Von vornherein sei es gesagt, die Frage des § 218 kann nicht losgelöst werden von den Fragen des Klassenkampfes, sie ist nur eine Teilfrage dieses Kampfes und kann nicht entschieden werden abseits von diesem Kampfe. Die Befreiung der Frau, die Herstellung ihrer völligen Gleichberechtigung, zu der auch die Befreiung dieses, unfugbaren gesundheitlichen Schaden anrichtenden Zwanges auf die Frauen gehört, ist nur möglich mit der Befreiung des Proletariats.

Der Kampf gegen den Abtreibungsparagraphen ist darum aufs engste verbunden mit dem Kampfe um höhere Löhne, um siebenstündige Arbeitszeit, um die ausreichende Fürsorge für Mutter und Kind und Befreiung der Frau vom Haushalt durch genossenschaftliche Einrichtungen.

Der Kampf gegen den Abtreibungsparagraphen ist aufs engste verbunden mit dem Kampfe gegen die Durchführung der faschistischen Diktatur, denn der Faschismus bedeutet für die Frauen verschärfte Zwangsmaßnahmen zu ihrer tiefsten Erniedrigung, Knechtung und Entrechtung.

Die Lösung dieser Frage im Arbeiterstaat, in der Sowjetunion, wo die Abtreibung freigegeben ist und doch die proletarische Frau von dieser Erlaubnis immer weniger Gebrauch macht, da für Mutter und Kind auf das Beste gesorgt ist, da sie wirklich glückliche Mutter werden kann, zeigt den Frauen im kapitalistischen Staat auch praktisch den Ausweg: die Befreiung durch die Entämpfung eines Sowjetdeutschlands.

Im Kampfe gegen den § 218 ist die KPD, die Führerin, wie sie die Führerin jeden Kampfes der Massen gegen Ausbeutung und Entrechtung ist. Und in diesem Kampfe können und müssen sich alle werktätigen Frauen, gleich welcher Partei sie noch folgen, zusammenfinden. Leiden sie nicht alle, ob Sozialdemokratin, ob Anhängerin des Zentrums, ob Nachläuferin der Nationalsozialisten, gleich entsetzlich unter dieser Geißel des § 218, und sollte es nicht möglich sein, daß sie sich im Kampfe gegen diesen Schandparagraphen zu einheitlichem Willen zusammenschließen?

Daß es möglich ist, beweist der im vorigen Monat entzündete Kampfaufbruch gegen den Paragraphen 218 und für die Verteidigung Dr. Friedrich Wolfs. Er vereint in sich eine große Anzahl nicht gebundener Organisationen und bekannter Arbeiter, Rechtsanwälte und Künstler. Wir begrüßen den Kampfaufbruch, schlagkräftige Einheiten dieses Ausschusses, der hunderttausende überfüllter Massenkundgebungen im ganzen Reich durchgeführt hat, der örtliche Kampfausschüsse in den wichtigsten Städten des ganzen Reiches organisiert und damit den Volkssturm gegen den Paragraphen 218 entfacht.

Hunderttausende, ja Millionen des werktätigen Volkes haben unter Führung dieses Ausschusses zusammengewirkt. Gerade die werktätigen Frauen müssen die Führer und Träger dieses Kampfes sein. Ihr Arbeiterfrauen könnt aus dem Wahnsinn der Tatsachen des furchtbaren Wohnungsleides, der Armut, des Hungers, der allgemeinen Not, aus Nichterfüllung der Forderungen, die ihr Arbeiterinnen könnt berichten von dem Leiden der schwangeren Frauen im Vertriebe, von den Menden Säuglingsstätten, von der völlig ungenügenden Schwangerenhilfe, die die Frauen zwingt, bis zum letzten Tage an der Maschine zu bleiben. Und ihr, die ihr von Tag zu Tag der Qualen überhäuft ist, ihr, die ihr in den überfüllten Wäldern und Heimen entbinden müßt, die ihr in Krankenhäusern auf harten Brettern liegt, ihr, die ihr abends todmüde, von Angst gepeinigt nach Hause geht, ob die Kinder nicht schwer angezogen oder sonst ein Unheil angerichtet haben, ihr, die ihr nicht wißt, wo ihr mit dem Säugling während der Arbeit hin sollt, ihr, die ihr eure Not heraus, trägt Berge von Anklagen und Forderungen zusammen, demonstriert, fordert und kämpft bis zum äußersten für eure berechtigten Forderungen.

Schließt die rote Einheitsfront zum Volkssturm gegen Paragraphen 218 und des verruchten kapitalistischen System!

Über schafft klare Fronten! Duldet kein Vermischen eurer Ziele, duldet kein Verpischen des Betrags eurer Führer. Wißt, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion den Antrag der Kommunisten auf Streichung des Abtreibungsparagraphen 218 im Reichstage nicht zur Beratung zuließ, weil sie ihn nicht gestrichen haben will, weil sie die Brüningregierung unterstützen. Wißt, daß sie ihr Rängerkreuzerbau bewilligt, zum Kampf dem Wehrstat und dem gleichzeitigen Abbau der sozialen Fürsorge zur Annahme verhilft.

Schafft klare Fronten!

Es gibt eine ganze Anzahl von Spezialvereinen, Verbänden der Geburtenregelung und andere, die unter der Leitung von Sozialdemokraten stehen und darum entsprechend der betrüblichen Haltung dieser Partei keinen Kampf wollen, die aber, um ihre Mitglieder nicht zu verlieren, einen Scheinkampf gegen § 218 führen. Wenn z. B. die Liga für Menschenrechte noch vor der Verhaftung von Friedrich Wolf in Stuttgart zusammen mit anderen Organisationen, auch einer Sektion der reformistischen Gewerkschaften, beschloß, die Frauen aufzurufen, einen „Petitionsturm im Reichstag zu entfachen“ und wenn sie, statt zu kämpfen, wochenlang darüber berät, wie man an die Stelle eines noch gar nicht gestrichenen Paragraphen einen anderen setzen kann, so ist das kein Kampf gegen § 218, sondern eine Irreführung der Kampfgewillten. Niemals wird eine Zentrumsregierung Brüning, die Regierung der Aufkündigung und Kriegsvorbereitung, der Todfeind der proletarischen Klasse, freiwillig diesen Paragraphen aufgeben, der ja die Frauen zwingen soll, für den Wachstum an Lohnsklaven und Kanonenfutter zu sorgen. Wer das den Massen einreden will, lenkt sie ab vom Kampf.

Frage eure Führer, wie sie zur Haltung der Sozialdemokratie im Reichstage stehen, fragt sie, ob sie den Kampfaufbruch des

Tausende Arbeiter widerrechtlich verurteilt

Das Verbot der KFB.-Uniform ungültig

Berliner Kammergericht verfügt Aufhebung der Zörgiebellischen Verbotserordnung
Jetzt auch hinweg mit dem KFB.-Verbot!

Berlin, 14. März. (Eig. Bericht.)

Das Berliner Kammergericht, bei dem eine Anzahl wegen Tragens der KFB.-Uniform verurteilter Arbeiter Verurteilung eingelegt hatten, hat am Sonnabend die Entscheidung gefällt, daß die Polizeiverordnungen über das Verbot der KFB.-Uniform in Preußen ungültig sind, da sie nicht im Einklang mit dem Paragraphen 118 der Reichsverfassung und dem Paragraphen 10, Absatz 2 und 17, des allgemeinen Landesrechts zu bringen sind. Nach dieser Entscheidung des Kammergerichts ist also das Tragen der KFB.-Uniform wieder gestattet. Die gleiche Entscheidung fällt das Gericht über das Tragen der Naziuniform.

Dieser Beschluß des Berliner Kammergerichts ist von großer politischer Bedeutung; wird doch in ihm klipp und klar ausgesprochen, daß das Verbot der KFB.-Uniform ungesetzlich ist und der Verfassung widerspricht und daß alle diesbezüglichen Polizeiverordnungen der Grzesinski und Zörgiebell eine Willkürakte gegen die revolutionäre Arbeiterklasse waren. Wir sind darüber hinaus der Meinung, daß dasselbe auch auf das Verbot des KFB. selbst zutrifft, wobei wir uns allerdings nicht der Illusion hingeben, daß die kapitalistische Klassenjustiz nun auch diesen Terrorakt der Polizeijustiz rückgängig machen wird.

Jedenfalls unterstreicht diese Entscheidung des Berliner Kammergerichts noch einmal die ganze empörende Handlungsweise

des sozialdemokratischen Polizeiministers und Polizeipräsidenten die, um die Uniform des von den Faschisten gehalten, von den werktätigen Massen aber immer stürmischer verehrten Roten Frontkämpfer-Bundes von der Straße zu entfernen, ihre eigenen Gelehe und ihre eigene Verfassung mit Füßen treten und Tausende von Arbeitern der Klassenjustiz ausliefern.

Tausende von Arbeitern sind zu Gefängnisstrafen verurteilt worden, weil sie eine ungesetzliche und der Verfassung widersprechende Polizeiverordnung der Severing verlegt haben. Diese Arbeiter fordern von den Polizeioffizieren Respekt für die an ihnen begangenen Willkürakte.

Von der reaktionären Klassenjustiz selbst als Rechtsbrecher entlarvt, wünscht der sozialdemokratische Polizeipräsident Grzesinski noch nachträglich, seine Ausnahmeverordnung zu verteidigen. So läßt er provokatorisch erklären, daß diese Verordnung in Kraft bleibe, bis das Urteil des Kammergerichts dem Polizeipräsidenten amtlich mitgeteilt (!) ist und bis er dagegen Stellung genommen (!) hat. Herr Grzesinski, für Sie gibt es kein Stellungnehmen mehr. Die KFB.-Uniform wird sich trotz Severing und Grzesinski ihr Recht erkämpfen.

Für die Arbeiterklasse ist dieser Fall eine Mahnung, sich mit der Aufhebung des Verbots der KFB.-Uniform nicht zufriedenzugeben, sondern auch die Aufhebung des KFB.-Verbots selbst zu erkämpfen.

Hinweg mit dem KFB.-Verbot!

Die Entscheidungsschlacht des Sozialismus

Der Sowjetkongreß billigt einstimmig die Politik der Sowjetregierung

Moskau, 11. März. (Telegraphenagentur der Sowjetunion). Der VI. Rätekongreß nahm nach dem Bericht Molotoffs einstimmig eine Entschließung an, in der die Außen- und Innenpolitik der Regierung voll gebilligt wird.

In der Entschließung heißt es u. a.: Der Kongreß betrachtet es als größtes Verdienst der Sowjetregierung, daß sie ungeachtet unmittelbarer Provokationen ausländischer, feindlicher imperialistischer Kräfte — zum Beispiel der Ueberfall auf die Ostasienbahn — durch ihre Bemühungen die Sowjetmacht in diesen schwierigsten Verhältnissen und den Frieden gesichert hat, sowie die internationale Lage der Sowjetunion gesiegt hat.

Der Kongreß beauftragt die Regierung, gestützt auf die wachsende Macht der Sowjetunion und auf die wachsenden Sympathien der Werktätigen aller Länder mit der UdSSR, an der Friedenspolitik auch künftig unerschütterlich festzuhalten, die wirtschaftlichen Verbindungen und Beziehungen zu anderen Staaten allseitig auszubauen und gleichzeitig die Verteidigungsfähigkeit der Sowjetunion und die Macht der Roten Armee zu stärken.

Der Kongreß ist sich klar über die wachsende Kriegsgefahr und gleichzeitig überzeugt, daß bei der sich vertiefenden Krise und der wachsenden Unbeständigkeit in den kapitalistischen Ländern und bei gleichzeitigen Entarten der wirtschaftlichen

und politischen Macht der Sowjetunion ein bewaffneter Ueberfall auf die Sowjetunion eine Hauptgefahr für Friedensstörer und Angreifer der Sowjetunion selbst bedeutet.

Der Kongreß verpflichtet die Regierung, scharfe Maßnahmen zur Beschränkung der Einfuhr aus den Ländern zu treffen, die statt wirklicher Festigung wirtschaftlicher Beziehungen zur Sowjetunion versuchen, den sowjetrussischen Ausfuhrhandel lähmend zu legen unter dem Vorzeichen von Zwangsarbeit.

Der Kongreß stellt mit Befriedigung die Erfüllung und Uebererfüllung des Fünfjahrplans fest. Die gewaltigen Erfolge des sozialistischen Wiederaufbaues der Landwirtschaft, die Liquidierung der Arbeitslosigkeit, die erfolgreiche Einführung des Siebenstundentages, die fortwährende Erhöhung des materiellen Wohlstandes der Werktätigen und das erreichte Tempo des sozialistischen Aufbaues sichern die Erfüllung des Fünfjahrplanes in vier Jahren, in den Hauptzweigen der Industrie sogar in drei Jahren. Der Kongreß betrachtet das laufende Jahr als entscheidend für die Verwirklichung des Fünfjahrplan-Programms und als Jahr der Vervollständigung des Fundaments der sozialistischen Wirtschaft der Sowjetunion.

Schulo-Ueberfall auf Arbeiter

Reichsbannerarbeiter antworten mit ihrem Austritt

Koito, 14. März. In einer öffentlichen SPD-Verammlung kam es zu einem blutigen Ueberfall der Reichsbanner-Schulo auf die anwesenden opponierenden Arbeiter. Obwohl das Thema des Referats lautete: „Wenn Deutschland erwacht, ist Hitler verdrängt“, sprach der Referent weniger gegen die Nazis, sondern hegte in wüßtester Weise gegen die Kommunisten, was bei den Versammelten erregten Widerspruch auslöste. Als sich in der Diskussion die Genossin Ahrens zum Wort meldete, fiel plötzlich ein Kommando von Schulo-Leuten über eine Anzahl Arbeiter her und schlug mit Eisenstöcken auf sie ein, die sie auf der Bühne verpackt hatten. Zahlreiche Arbeiter erlitten erhebliche Verletzungen. Die Empörung der Arbeiter über diesen feigen Ueberfall war derart groß, daß eine Anzahl Reichsbannerarbeiter ihren Austritt aus dem Reichsbanner erklärten und ihre Kofarden zertraten.

zwei Arbeiter schwer verletzte, von denen einer seinen Verletzungen im Krankenhaus erlag.

Die bürgerlichen Presseagenturen, ebenso wie die SPD-Presse versuchen die Danziger Vorfälle als einen „kommunistischen Ueberfall“ und einen „Notwehrakt“ des Reichsbannermannes darzustellen, während andererseits wiederum behauptet wird, die niedergeschlagenen Arbeiter hätten den Reichsbannermann irrtümlich für einen Nationalsozialisten gehalten. Auf jeden Fall sind solche Vorgänge nur zu bedauern, da die SPD- und Reichsbannerarbeiter alles Interesse daran haben sollten, in gemeinsamen Diskussionen mit den übrigen Arbeitern das Trennende zu überwinden und gemeinsam mit ihnen die wehrhafte Einheitsfront gegen den Mordfaschismus herzustellen.

Naziüberfall auf Arbeiterlokal

In der Nacht zum Sonnabend versuchte ein Trupp von Nationalsozialisten in Leipzig einen wohlorganisierten Sturm auf ein Arbeiterlokal, wobei sie sich auch der Schwärze bedienten und wie toll in das Lokal hineinschossen. Sie hatten aber nicht mit der Gegenwehr der Arbeiter gerechnet, die sie energisch in die Flucht schlugen. Zwei Nazis mußten ins Krankenhaus gebracht werden. Die Polizei konnte nicht umhin, einige der Nazihandlanger festzunehmen.

Weiterer Rückgang der Produktion

In der ersten Märzwoche ist die Produktion von Kohle im Ruhrgebiet, weiter zurückgegangen. Das ist die vierte Woche ununterbrochenen Rückgangs. Vor vier Wochen betrug die Produktion noch 1,8 Millionen Tonnen, in der ersten Märzwoche nur noch 1,7 Millionen.

Auch die Kohleerzeugung ist im Monat Februar gesunken. Die Gesamtproduktion betrug im Februar arbeits-tätig 18578 Tonnen gegenüber 19455 Tonnen im Januar. Eine Senkung von über 4 Prozent.

Torpedoboote zusammengestoßen

London, 14. März. Beim Auslauf zu den großen Glotten-mandern stießen zwei Torpedobootezerstörer in Gibraltar zusammen. Beide Fahrzeuge wurden schwer beschädigt.

Blutige Zusammenstöße in Essen und Danzig

In der Nacht zum Sonnabend kam es in Essen zwischen Nationalsozialisten und Andersgesinnten zu Zusammenstößen, bei denen ein Nationalsozialist eine lebensgefährliche Verletzung erlitt, an deren Folgen er im Krankenhaus verstorben ist.

In Danzig spielte sich am Freitagnachmittag eine Auseinandersetzung zwischen einem Schulo-Leute des Reichsbanners und einigen Arbeitern ab, bei der der Schulo-Leute

Kampfausschusses gegen § 218 unterschreiben und sich ehrlich einreihen wollen in die Front der konsequenten Kämpfer gegen § 218. Wenn sie Ausflüchte machen, wenn sie es ablehnen, bleibt nicht bei ihnen, meldet euch selbst als Mitkämpfer beim Ausschuss. Kehrt jenen den Rücken und tretet ein in eine revolutionäre proletarische Kampforganisation! Gabt Vertrauen zur KPD, die erfolgreich euren Kampf führen wird.

Klare Fronten! Und jede werktätige Frau hinein in die richtige Front, in die revolutionäre Kampffront des Proletariats!

Dokumente und Beweise

für die verbrecherische Tätigkeit der bonzentreuen reformistischen Betriebsräte

Rote Betriebsräte gegen das Ausbeutensystem

Die Kandidaten der roten Einheitslisten der RGO. sind im Vorjahre zum ersten Male den reformistischen und christlichen Betriebsräteandidaten gegenübergetreten, die für sich das Prädikat der „erfahrenen, erprobten und bewährten Arbeitervertreter“ in Anspruch nehmen. Heute muß die Bilanz über ein Jahr Betriebsrätearbeit gezogen werden. Wie haben die roten Betriebsräte gearbeitet, und wie steht die Praxis der Reformisten, Christen und der übrigen Unternehmerkandidaten im Betrieb aus?

Es hat in den vergangenen Monaten große, entscheidende Kämpfe der Arbeiterklasse gegeben, und es finden jetzt täglich in den Betrieben Auseinandersetzungen statt, die entscheidend sind für Lohn und Brot von Tausenden und Millionen von Arbeitern. Wie haben sich die Betriebsräte bei den Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit verhalten? Welche Stellung nahmen sie täglich in den Betrieben bei diesen Auseinandersetzungen der Arbeiter mit ihren Unternehmern ein? Das ist der Prüffstein und der Gradmesser, nach welchem die Betriebsbelegschaften bei der Neuwahl ihrer Betriebsräte zu entscheiden haben.

Für die große Mehrheit der deutschen Arbeiter steht unbestritten fest, daß die roten Betriebsräte im Kampf gegen das kapitalistische Ausbeutensystem ihre Interessen vertreten. Die Arbeiter wissen durch eigene Erfahrungen: Die roten Betriebsräte sind gegen die kapitalistische Rationalisierung, sie sind gegen das Schlichtungssystem und die Lohnabbausüchtiger der Weimarerregierung, die von der SPD. und den Gewerkschaften geführt wird. Die roten Betriebsräte sind sowohl gegen den tariflichen Lohnabbau, als auch gegen den Lohnraub durch Kurzarbeit und Verkürzung der Arbeitszeit und führen dagegen einen erbitterten Kampf. Also in den Fragen der großen Politik kommen für die Mehrheit aller Arbeitstameraden in den Betrieben nur die roten Betriebsräte als Interessensvertreter in Frage. Eine Anzahl der Kollegen ist jedoch geneigt, den Reformisten und Christen im Betriebsrat in den kleinsten Fragen des täglichen Lebens mehr Sachkenntnis und Erfolgsmöglichkeiten bei den Unternehmern zuzubilligen, ohne daß die Kollegen selbst etwas zu tun oder dafür zu kämpfen brauchen. Die tägliche Praxis in den Betrie-

ben beweist jedoch, daß eine solche Einstellung völlig unrichtig ist und mit unzähligen Opfern von den Belegschaften bezahlt werden muß.

Gewiß ist es vorgekommen, und kommt immer wieder vor, daß sich rote Betriebsräte nicht bewährt haben, indem sie dieselbe Politik wie die Reformisten betreiben. Laut und deutlich rückt die RGO. von solchen „roten“ Betriebsräten ab und kritisiert sie offen vor der gekanteten Arbeiterschaft.

Die gesamte Tätigkeit der roten Betriebsräte unterscheidet sich grundmäßig von derjenigen aller anderen Betriebsräte.

Die Politik der roten Betriebsräte ist die Durchführung des Klassenkampfes,

während die Betriebsräte aller anderen Richtungen Lakaien des Unternehmers sind und ihnen helfen bei der Aufrechterhaltung der kapitalistischen Wirtschaft, bei der Durchführung der Ausbeutung der Arbeiterschaft.

Hunderte von roten Betriebsräten wurden gemahregelt mit Hilfe der reformistischen und christlichen Lakaien, sie wurden von den Klassengerichten verurteilt, sie blieben auf der Straße im Klassenkampf, bei der Vertretung der Interessen ihrer Kollegen, im Streik der Ruhrkumpels, im Berliner Metallarbeiterkampf und in vielen anderen Kämpfen. Die roten Betriebsräte kämpfen für ihre Kollegen unter Einsetzung ihrer eigenen Existenz. Viele Erfolge für die Arbeiterschaft wurden durch diesen Kampf errungen. Wo haben die Christen und Reformisten oder gar die Nazis, die Lieblinge der Unternehmer, ähnliche Beweise für die Interessensvertretung und den Opfermut ihrer Betriebsräte. Rote Betriebsräte wurden von ihren Kollegen verteidigt gegen die Angriffe der Unternehmer.

Ein Teil der Bilanz der Tätigkeit der reformistischen Betriebsräte, die die Folgen der sozialfaschistischen Politik der SPD. und der Gewerkschaften ist, wird durch nachfolgende Beispiele erleuchtet. Sie zeigen, in welchem Maße eine Anzahl Betriebsräte der Reformisten, Christen und der Nazis zu bezahlten Agenten der Unternehmer geworden sind, die treu die Befehle ihrer Herren gegen die Arbeiterschaft durchführen.

In der Dessauer Indereffizienz wurde der Schwertragsbeschädigte Ehrentraut schließlos entlassen. Grund: er habe an drei Sonntagen nicht gearbeitet, sich aber trotzdem die Tage bezahlt lassen. Da die Schuld an diesem Vorfall nicht der Kriegsbeschädigte sondern der Rechnungsbeamte hatte, legte Ehrentraut Berufung beim Arbeitsgericht ein. In der Verhandlung stellte sich heraus, daß der Betriebsratsvorsitzende Treubrecht, ein Reformist, in der erwähnten Angelegenheit einen anonymen Brief erhalten hatte und als getreuer Lakai des Unternehmertums den Inhalt sofort der Direktion mitteilte.

In dem Termin bejaht Treubrecht die Freundschaft, als an ihn die Frage gerichtet wurde, ob er den Brief an die Direktion weitergegeben habe, dies mit dem Wortes zu beantworten: „Ja, das war meine Pflicht.“

Auch die weiteren Äußerungen dieses Betriebsrates, hatten den Zweck, den Klassenbewußten Arbeiter Ehrentraut, der bei der Betriebsratswahl als Ersatzmann auf der oppositionellen Liste gestanden hatte, unschädlich zu machen. Bemerkenswert ist, daß dieser Treubrecht in früheren Jahren als Gewerkschaftsangehöriger des Fabrikarbeiterverbandes in Dessau tätig war, wo er aber seines Postens enthoben werden mußte. Als Angestellter der Gewerkschaft und jetzt als Betriebsratsvorsitzender hat er den Beweis geliefert, daß er seine Tätigkeit nur im Dienste des Kapitals ausübt.

Reformisten mit den Christen für Kündigung oppositioneller Arbeiter

Auf der Schachtanlage Rheinstetten V wurden Entlassungen vorgenommen, u. a. erhielt auch der Schlepper H. seine Kündigung, nachdem er mit dem Revierleiter eine Auseinandersetzung gehabt hatte. Die roten Betriebsräte setzten sich für diesen Arbeiter ein. Der Klagte beim Arbeitsgericht und wurde abgewiesen.

Der Arbeitsrichter erklärte dem Kläger, daß in der Arbeiterrät zu seinem Ungunsten entschieden habe.

Dieser Arbeiterrat ist in seiner Mehrheit aus Reformisten und Christen zusammengesetzt.

Auf Schacht Friedrich Thyssen 2-5 wurde der Kamerad Treinen, der als oppositioneller Kollege in den Ausschuss gewählt war, kurze Zeit darauf schließlos entlassen. Der Vorgang, der zu seiner Entlassung führte, sollte an einem Montag erfolgt sein, die Entlassung wurde jedoch erst am Donnerstag ausgesprochen. Warum die Firma mehrere Tage mit ihrem Vorgehen gegen den oppositionellen Betriebsrat gewartet habe, zeigte sich sehr deutlich in der Gegenlagenschrift der Direktion.

Als Beweis führte die Direktion das Zeugnis der reformistischen und christlichen Betriebsräte an, die schließendlich als Lakaien der Unternehmer gegen Treinen ausgesagt hatten.

Roter Betriebsrat wird denunziert

Noch ein weiterer Fall. Im Bauwerk wurde der Genosse Franke schließlos entlassen. Dieser Genosse, der als roter Betriebsrat seine Tätigkeit ausübte, wurde wegen einiger Veröffentlichungen im „Leumaprolet“ denunziert. Die Sozialdemokraten plädierten offen für die Zustimmung zu der Entlassung.

Der SPD.-Betriebsratsvorsitzende Walther erklärte, Franke habe im Betriebsratsbüro einen Artikel für den „Leumaprolet“ angefertigt.

Besonders auf diese Aussage stützte sich die Betriebsleitung bei ihrer Maßregelung.

Die Praxis der arbeiterfeindlichen SPD.-Betriebsräte:

Planmäßig hat sich die sozialfaschistische Gewerkschaftsbürokratie einen Trupp von Anhängern in den Betrieben geschaffen, mit dem sie ihre arbeiterfeindliche Politik durchführt. Diese Betriebsräte haben es verstanden, sich das Wohlwollen der Unternehmer zu verschaffen und dabei gleichzeitig gegen ihre Klassenossen die erbärmlichsten Mittel anzuwenden. Besonders bei Arbeiterentlassungen, bei denen es sich um Klassenbewußte Arbeiter handelt, tritt das in Erscheinung. Ja, diese Unternehmerlakaien schreden nicht davor zurück, die übelsten Denunziationen anzuwenden, um ihre Positionen in den Betrieben zu erhalten.

SPD.-Betriebsräte berichten der Werksleitung

Der sozialdemokratische Betriebsrat Budde brachte es fertig, nachdem er den revolutionären Betriebsratsvorsitzenden Hecht, Bochum, bei der Betriebsleitung denunziert hatte, an die Werksleitung der Eisen- und Schlittenwerke folgenden Brief zu richten:

„Betr. Betriebsratsvorsitzenden:

Sonabend, den 12. Juli, beschaffte der Betriebsrat sich in einer Sitzung, in der 10 Betriebsratsmitglieder anwesend waren, eingehend mit der Person des Betriebsratsvorsitzenden Herrn Richard Hecht, Bochum, Dortmundstraße 52 wohnhaft, und dessen seit längerer Zeit an den Tag gelegtes Verhalten, dem gesamten Betriebsrat, der ganzen Belegschaft und der Werksleitung gegenüber. Mit großer Mehrheit wurde letzteres auf das entschiedenste verurteilt und wurde demselben antragsgemäß in geheimer Abstimmung mit 7 gegen 2 Stimmen bei einer Stimmabhaltung das Vertrauen des Betriebsrates entzogen. Der Kollege Wilhelm Budde, Bochum, Herrietenstraße, wurde dann an dessen Stelle mit der Führung der Geschäfte des Betriebsratsvorsitzenden betraut. Der Betriebsrat ersucht die Werksleitung, dieses zur Kenntnis zu nehmen.

aus: W. Budde, S. Brechtel.“

Hecht war der Vertrauensmann der Arbeiterschaft, die von ihm verlangte, daß er trotz der Machinationen der Reformisten auf seinem Posten als Arbeiterratsvorsitzender beharren sollte. Im Gegensatz zu der Tätigkeit des revolutionären Betriebsrats Hecht trieb Budde sein erbärmliches Spiel und Intrigiererei auf die gemeinste Art. Einen Erfolg hatte er im Betriebsrat erzielt; die Betriebsleitung wird sein Schreiben mit vollster Zufriedenheit entgegengenommen haben.

Revolutionärer Arbeiter wird gemahregelt

Ein zweiter Fall, der die Handlungsweise der Sozialfaschisten beleuchtet, ist folgender: Der Genosse Käfer wurde auf Betreiben der SPD.-Betriebsräte der Brauerei Leitz, Stuttgart, gemahregelt. Gemeinsam mit der Verbandsbürokratie hatten diese alles unternommen, um die Entlassung des revolutionären Arbeiters durchzuführen. Käfer reichte gegen die SPD.-Betriebsräte eine Klage auf Erlass des durch die Entlassung erlittenen Schadens ein. Dabei stellte sich heraus, daß trotz einem großen Zeugnisaufgebot dem Kläger weder als Arbeiter noch als Betriebsrat etwas nachgewiesen war, was seine Entlassung gerechtfertigt hätte. Bei der Verhandlung erklärte der Unternehmer:

„Die Entlassung sei nur im Glauben der Nichtigkeit der Angaben des Betriebsrates erfolgt.“

Die reformistischen Betriebsräte hatten den Genossen Käfer beschuldigt, daß er durch seine Politik in den Versammlungen die Belegschaft heunruhigt und Streitereien hervorgerufen habe. Die Klage des Genossen Käfer wurde, nachdem die Aussagen der Zeugen vollständig zusammengebrochen waren, durch einen Vergleich erledigt. Interessant ist, daß die Reformisten das Verlangen stellten, daß der Verlauf der Verhandlungen nicht in der Presse veröffentlicht werden sollte. Diesem Verlangen kam der Genosse Käfer natürlich nicht nach, sondern in aller Offenheit wurde das Denunziantentum der sozialfaschistischen Betriebsräte und ihrer Anhänger gebrandmarkt.

SPD.-Betriebsrat für Abbau der Löhne

In dem Großbetrieb F. W. Wieland in Auerbach Erzgeb. wurde Mitte April des vorigen Jahres eine Lohnkürzung von 15 Prozent vorgenommen. Die Gewerkschaftsbürokratie unternahm nichts dagegen. Das Betriebsratsmitglied Uhlmann, SPD., setzte sich für einen noch höheren Lohnabbau ein und sagte zu einem anderen SPD.-Arbeiter:

„Ich werde als Betriebsratsmitglied dafür sorgen, daß die Spulce noch mehr abgezogen bekommen.“

Judasgelder für Streikbruch

Für ihre Judasrolle erhalten die sozialfaschistischen Betriebsräte noch Geld von den Unternehmern. Bei einem Streik der Gruson-Arbeiter in Magdeburg gegen den Lohnraub, der von der Gewerkschaftsbürokratie abgewürgt wurde, wurde nach dessen Beendigung anlässlich einer Auseinandersetzung im Betrieb die Behauptung aufgestellt, daß die Mitglieder des reformistischen Betriebsrats während der Streiktage ihren Lohn weiter bekommen hätten.

Janzsch wurde von dem sozialfaschistischen Betriebsrat Stewes diese Korruption durch die Grusondirektion zugegeben.

Die Belegschaft verlangte den sofortigen Rücktritt des Gesamtbetriebsrates.

Arbeitergroßden unterschlagen

Im Hamburger Hafentrieb hatte der sozialfaschistische Betriebsobmann Levy die Verwaltung einer Krankenunterstützungskasse, die von den Belegschaftsmitgliedern durch wöchentliche Beiträge finanziert wurde. Bevor Levy in Urlaub ging, hatte er von diesen Arbeitergroßden 1680 Mark unterschlagen.

Auch dieser „Betriebsrat“ hat jahrelang oppositionelle Kollegen denunziert, dabei steht fest, daß der „Ehrenmann“ in der SPD. hohe Funktionen bekleidete.

Die Belegschaft der Festag-Hütte in Ruhort-Weidenberg ging dazu über, eine eigene Hilfskassenkasse nach dem Prinzip der gegenseitigen Hilfe aufzubauen, um sich vor dem Allerschlimmsten bei Krankheit und Unglücksfällen zu schützen. Es soll hier nicht aufgezeigt werden, daß dieser Weg falsch ist, aber etwas anderes sagt sich bei der Verwaltung der Krankenkassengelder. Die

reformistischen Betriebsräte machten alle Anstengungen, die Führung dieser Kasse in die Hände zu bekommen. Besonders war es der reformistische Betriebsrat Hesse l m a n n, der durch geschickte Manöver sich das Vertrauen der Belegschaft des Marktwertes eroberte und neben seinem Betriebsratsposten auch das Amt des Kassierers dieser Kasse bekleidete. Als nun die Belegschaftsmitglieder, die inzwischen schließlos arbeitslos geworden waren, in einer Versammlung die Auflösung der Krankenkasse beschloßen, stellte sich heraus:

daß der laubere Bursche Hesse l m a n n 600 Mark unterschlagen hatte.

Mit allen Mitteln versuchte er seine schändliche Handlungsweise vor den Arbeiter zu verheimlichen, was ihm jedoch nicht gelang.

Unzählige Fälle, die sich im Laufe eines Jahres ereignen, zeigen, wie die reformistischen Betriebsräte als Beauftragte der Gewerkschaftsbürokratie und des Unternehmertums das Vertrauen der Belegschaften schändlich mißbrauchen. Dabei steht fest, daß diese Leute überall den Schutz der Unternehmer genießen. Das ist der Dank für die Dienste, die sie den Kapitalisten leisten, währenddem sie gleichzeitig den schändlichsten Verrat an den Interessen der Arbeiterklasse begehen. Als eine ihrer wichtigsten Aufgaben betrachten sie es, die Klassenbewußten Arbeiter „unschädlich zu machen. Bei den kommenden Betriebsratswahlen ist es Pflicht eines jeden Arbeiters, diesen „Führern“ nicht nur auf den Mund, sondern auf die Fingern zu schauen.

Die Betriebsratswahlen 1931 müssen zu einer Abrechnung mit der sozialfaschistischen Bürokratie und ihren Handlangern in den Betrieben werden.

Alle Stimmen den roten Betriebsräten, den alleinigen Interessenvertretern der gesamten Arbeiterschaft.

Keine Stimme der Pangerkroger-SPD.!

Keine Stimme des Hitler-Faschismus!

Stimmt für die rote Einheitsliste!

Breslau



60 Jahre Pariser Kommune

Am
Mittwoch,
dem
18. März
1930 Uhr:

Gedenkfeier der Roten Hilfe im „Lunapark“

Eintritt: Erwerblose 20 Pf., Vollarbeiter 40 Pf. Vorverkauf Oderstraße 23 im Büro der Partei, Freiheitsgasse 2 im Büro der Roten Hilfe und bei allen Kolporteurs. Geschlossener Anmarsch. Sammelpunkte: Nord: Weißburger Platz; Ost: Königgrätzer Straße; Scheitnig: Hirsch-Ecke Bockstraße; West: Striegauer Platz; Zentrum: Wallstraße, am Königsplatz; Süd: Teichacker (Brausebad). Zentraler Sammelpunkt: am Ohlauufer (Freiheitsbrücke) im Büro der Roten Hilfe und bei allen Kolporteurs.

„Pariser Kommune“ im Rundfunk?

Wie wir schon erfahren, hat die Breslauer Ortsgruppe des „Freien Radiobundes“ an die Intendantin der schlesischen Funkstunde die Forderung gestellt, an einem der nächsten Tage in der sogenannten aktuellen Stunde „Das wird Sie interessieren...“ einen Vortrag anzuführen.

Der 60. Jahrestag der Pariser Kommune gedenkt.

Es ist bezeichnend für den bürgerlichen Rundfunk, daß man einfach nicht daran denkt, diesen für das Massenbewußte revolutionäre Proletariat so bedeutungsvollen Tag im Rundfunk zu erwähnen. „Schlesische Funkstunde“ gestellt hat und werden unsere Lehrer über

Wir begrüßen es, daß der „FRBD“ diese Forderung an die „Schlesische Funkstunde“ gestellt hat und werden unsere Leser über die Antwort der Rundfunkintendantin informieren.

Das nennt man „christliche Nächstenliebe“

Der Breslauer „Evangelische Arbeiterverein“ hatte vor längerer Zeit eine Jungarbeiterin zur Wirtin an einer gefanglichen Veranstaltung engagiert. Das Honorar wurde mit vier Mark pro Abend festgelegt. Die Jungarbeiterin, die durch Mähen ein längliches Wochenlohn von 18 Mark hat, wollte an sieben (!) Proben mit. Bei der Generalprobe wurde ihr plötzlich erklärt, daß man auf ihre Mithilfe verzichte. Selbstverständlich wollte die Jungarbeiterin eine Entschädigung für die geleistete Arbeit haben. Doch die Leitung des Evangelischen Arbeitervereins weigerte sich, ihr auch nur einen Pfennig zu bezahlen. Lediglich eine Summe von 0,80 Mark für vergebene Fahrgebühren sollte gezahlt werden. Die Jungarbeiterin ging vor das Arbeitsgericht, jedoch ohne Erfolg. Einen Kommentar zu schreiben erübrigt sich.

Linke-Hofmann-Revue!

Die Vorbereitungsarbeiten zu der am 19. April stattfindenden Linke-Hofmann-Rundschau sind im vollen Gange. Die „Kra-Gruppe“ ist jeden dritten Tag. Am kommenden die Massenbesetzung dran. Dazu werden Mitwirkende benötigt. Genossen, die mitwirken wollen, melden sich heute Montag um 20 Uhr bei Schnieder, Uferstraße 18, und an den nachfolgenden Tagen bei Bielowald in der Redaktion der „Arbeiter-Zeitung“.

Besucht Otto-Nagel-Ausstellung!

Heute Montag um 20 Uhr veranstaltet die „Woch“ unter sachkundiger Leitung eine Führung durch die Otto-Nagel-Ausstellung. Eintritt: Erwerblose frei, Vollarbeiter 20 Pfennig. Treffpunkt: Christophorplatz an der Ausstellung.

Arbeiter-Photographen! Heute Montag findet um 20 Uhr ein Vortragsabend bei Genossen Wittner, Frankfurter Straße 139, 1. Etage, statt.

Selbstmord infolge Verzweiflung. Am Sonntag früh, gegen 6 Uhr, wurde am Bahnübergang in Kattern, etwa 100 Meter entfernt von der Chaussee Kattern-Schöndorf, auf dem etwa 50 cm erhöhten Bahndamm, dicht an den Gleisen die Leiche des Bahnhofsarbeiters Gerhard Linke aufgefunden. Die Kriminalpolizei nimmt Selbstmord an, da der Tote stark verschuldet sein soll.

Tödlicher Verkehrsunfall. Gestern mittags ereignete sich an der Ecke Friedrich-Wilhelm-Straße/Leuchtenstraße ein Verkehrsunfall mit tödlichem Ausgang. Der Arzt Dr. F. aus Löwenberg in Schöndorf kam mit seinem Auto in Richtung Striegauer Platz gefahren, als plötzlich der Hilfsarbeiter B. aus der Meisenstraße mit seinem Fahrrad schräg über den Bahndamm kam und von links in das Auto hineinfuhr. Durch den Zusammenstoß stürzte der Radfahrer und blieb bestmögliche liegen. Auf dem Wege ins Hospital ist B. seinen Verletzungen erlegen.

Severing schützt katholische Kirche

Breslauer Staatsanwalt beruft sich auf den Sozialdemokraten Severing „Arbeiter-Zeitung“ zu 100 Mark verurteilt

Am Sonntagabend fand vor dem Breslauer Schöffengericht ein Termin gegen unseren verantwortlichen Redakteur Genossen Bielowald statt. Die Staatsanwaltschaft behauptete, Bielowald habe „einen Gebrauch der katholischen Kirche, und zwar das Fronleichnamsfest, beschimpft.“ Diese „Beschimpfung“ wurde in der vor der Septemberwahl erschienenen Wochenchau „Mit der Grubenjunge durchs Balbener Land“ „gefunden“. Die beantragte Stelle hatte folgenden Wortlaut:

„... Der nervöse Polizist Walter (Gottesberg) hätte beim sogenannten Fronleichnamsfest bessere Gelegenheit, den Verkehr zu regeln, wenn die ganzen katholischen Oberhöfe auswendig sind und Interessierend die verkehrsbereisten Straßen der Stadt lahmlegen...“

Genosse Bielowald wies zu seiner Verteidigung u. a. auf die Weimarer Verfassung hin, wonach jeder Deutsche das Recht hat, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern, und betonte, daß die zu erwartende Verurteilung nur deshalb erfolgen werde, weil der Staat an der Erhaltung der Religion interessiert sei, um den Unternehmern willige Ausbeutungsobjekte liefern zu können. Die Ausführungen des Genossen Bielowald fanden die vollste Zustimmung des Zuhörerraums, aber auch das Gericht und der Staatsanwalt wurden verlegen. Doch verurteilt wurde der kommunistische Redakteur werden! Da jedoch die Bestimmungen und die Kommentare des Strafgesetzbuches zur Verurteilung nicht ausreichten, griff der Staatsanwalt Herr Steinberg — zu Severing! Das Kernstück der Staatsanwaltschaft bildete ein Zitat der Worte, die Severing vor einigen Tagen im Hauptauschuß gesagt hatte. Staatsanwalt Steinberg zitierte aus einem bei seinen Alten liegenden Zeitungsauschnitt (!):

„Die Meinungsfreiheit darf nur soweit gewährleistet werden, soweit durch ihre Ausübung die Gefühle Andersdenkender nicht verletzt werden.“

Das genügte dem Gericht. Nach einer längeren Beratung verurteilte es „im Namen des Volkes“, daß es sich „frei von jeder Parteipolitik wisse“ und der Angeklagte zu hundert Mark, Hilfsworte zu zehn Tagen Gefängnis zu verurteilen sei.

Morgen kommt Herr Severing nach Breslau — um den SPD- und Reichsbannerarbeitern von seinem „schweren Kampf gegen den Faschismus und die Kulturreaktion“ zu erzählen.

Am Freitag hat Herr Severing in Berlin die antireligiöse Ausstellung der revolutionären Freidenker verbieten. — Am Sonntagabend hat das Breslauer Gericht unter Berufung auf Herrn Severing einen kommunistischen Redakteur wegen „Beschimpfung der Kirche“ verurteilt. So geht es Schlag auf Schlag. Herr Severing leistet der herrschenden Klasse unschätzbare Dienste — und bestrebt abendlich die Freiheit, vor Arbeitern als Arbeiterfreund aufzutreten.

Sozialdemokratische Kollegen, wie lange noch wollt ihr euch diese Verhöhnung gefallen lassen? Wie lange noch wollt ihr glauben, daß die Breslauer „Linken“ einen wirklichen Kampf gegen Faschismus und die Faschisierung der Arbeiterorganisationen führen? Nicht das radikale Wort, sondern die Tat entscheidet. Bisher haben die Geknechteten und Ziegler und Sporn nur geredet, aber beim Lohnabbau, bei Naziprovokationen haben sie ebenfalls nur geredet — und nicht den Arbeiterkampf organisiert. So wird es auch in Zukunft bleiben.

Sozialdemokratische Kollegen, macht Schlag mit der Partei des Vorkreuzers und der Kulturreaktion. Her zu uns!

„Das blaue Band der Höflichkeit“

Neuer Trick von Arbeitgebern und bürgerlicher Presse

An den Schauenscheiben vieler Breslauer Geschäfte haben Plakate, die jeder auffordern, das Geschäft zu betreten, um sich Antragstücken zur Verleihung des blauen Bandes der Höflichkeit geben zu lassen. „Was ist das?“, so denken viele und bleiben stehen. Was es ist? Nichts weiter als ein gerissener Kellametricid einer bürgerlichen Berliner Zeitung, des „S-Mittwochsblattes“, das mit solchen Kellametriciden seinen Abonnentenschwund zu beheben sucht.

Zuerst begann dieser Trick mit der Verleihung des Titels: „Ritter vom Steuer!“ Es erhielten diese sinnige Bezeichnung nebst einer Blechmarke einige Autofahrer. Nicht etwa die, die besonders rücksichtsvoll zu den Fußgängern waren, sondern die, die den autofahrenden Mitmenschen gegenüber sich als „Schäntelmann“ benahmen. Ihre Namen wurden im „S-Mittwochsblatt“ veröffentlicht. Jeden Tag wurden Dutzende von Bourgeois und Direktoren zu Rittern geschlagen, aber die Auflage wollte nicht steigen. Dazu waren Massen notwendig.

Und so wurde das „blaue Band der Höflichkeit“ geboren. Jede Verkäuferin, die besonders höflich und zuvorkommend die Kunden bedient, soll das Band erhalten, wenn es von einigen Kunden beantragt wird. Das „S-Mittwochsblatt“ ließ zehntausende Antragstücken und Plakate drucken, ließ Tausende solcher blauer Bänder herstellen, natürlich aus „reiner Menschenfreundlichkeit mit den Angestellten“, nicht etwa aus Kellametriciden. Die Arbeitgeber griffen diesen Gedanken begeistert auf, folgten er sie doch nicht einen Pfennig.

Und sie wußten, daß nur unter dem Geschäftspersonal eine Art Konkurrenz oder Wettrennen nach dem blauen Bande einsetzen würde, was ihren Interessen nur dienlich sein konnte. Es hebt den Umsatz. Und es spaltet die Angestellten jedes Geschäfts in verschiedene Interessengruppen, denn es ist klar, daß nicht alle das blaue Band

erhalten können. Gegenseitige Befähigung, Mühsamkeit und gegenseitiger Kampf wird einsetzen. Das erkannten die Arbeitgeber, und so legten sie sich für das blaue Band ein.

Leider gibt es ja noch viele Angestellte, die bereit sind, für ein blaues Band und um einmal ihren Namen gedruckt und mit lobenden Beworben geschmückt in der Zeitung lesen zu können, gegen die anderen Kollegen zu arbeiten. Außerdem hat dieser Trick schon manche kleine proletarische Seele erstickt. Blaues Band ist wie ein Orden, der einem größere Wichtigkeit und Auszeichnung verleiht. Ein Pflaster auf die Wunde, um bei kleinen Gefährten große Arbeitslust und -freude zu erzielen. Aber die Mehrzahl der Angestellten wird diesen Wobstinn, der nichts an ihrer traurigen wirtschaftlichen Lage ändert, nicht mitmachen und erkennen, daß es wichtiger ist, im gemeinsamen Kampf mit dem revolutionären Proletariat ein besseres Dasein zu erkämpfen, ein Leben, das ihnen statt der blauen Bänder der Höflichkeit eine ausreichende Existenz, und nicht Unterdrückung Freiheit geben wird!

Fünf Eisenbahn-Delegierte gewählt

Breslau, 10. März. Am Sonntagabend fand für die Dienststellen Eisenbahnergruppe Ost, Betriebsbereich Hauptbahnhof und Oberbauwerkstätten Ost eine von der RGD einberufene Eisenbahnerversammlung statt. Genosse M. gab den Bericht von der Reichskonferenz und Genosse B. sprach über die Organisation des Widerstandes gegen den geplanten Lohnraub. Nach einer zustimmenden Diskussion, an der auch ein alter SPD-Kollege teilnahm, wurden für die am kommenden Sonntag stattfindende Bezirksdelegiertenkonferenz der Industrie-Gruppe Eisenbahn fünf Delegierte gewählt.

Strehleener Sozialfaschisten zerschlagen die Sterbekasse des Strehleener Steinbruchs

Häusler will eine neue gründen, um die Kollegen für den Verband zu gattern. Kollegen, hinein in die RGD!

U. A. Seit Jahrzehnten bestand für die Arbeiter des Strehleener Steinbruchs als eine von den Kollegen geschaffene soziale Einrichtung die Sterbekasse. Aus dieser Kasse erhielten die Kollegen, wenn ein Todesfall eintrat, einen gewissen Betrag für die Beerdigung ausbezahlt; dergleichen wurden auch die Träger gestellt und bezahlt. Vor Jahren, als noch die Kollegen fast hundertprozentig im Eisenarbeiterverband organisiert waren, wurde in die Statuten der Kasse hineingenommen, daß nur die Kollegen Sterbekasse erhalten, die freigewerkschaftlich organisiert sind. Im Jahre 1930 wurden nun, wie bekannt, die oppositionellen Funktionäre des Eisenarbeiterverbandes ausgeschlossen. Aus diesem Grunde sowie auch angewandt durch die Verratspolitik der Gewerkschaften leiteten nun die Kollegen dem Verbandsfluchtartig den Rücken, so daß heute nur noch ein Bruchteil der Kollegen Mitglieder des Verbandes sind. In letzter Zeit war nun ein Fall, der unterstützungsbedürftig war. Der Kollege hatte seine Beiträge bis zuletzt entrichtet, gehörte aber nicht der Gewerkschaft an.

Der stählerne weigerte sich, die Unterstützung zu zahlen. Die Genossen: Andreazza und Regwer, die Funktionäre der

Kasse waren, versuchten nun auf gütlichem Wege, den Passus zu befeitigen und machten den Vorschlag, eine Versammlung im Steinbruch sowie auch eine Versammlung für die Kollegen, die zurzeit erwerbslos sind, einzuberufen, damit durch Abstimmung der Passus in den Statuten gestrichen wird. Das wurde von den Betriebsräten des Steinbruchs abgelehnt. Kurz darauf trat der zweite Fall ein. Darauf wurden auf Druck der Kollegen die Versammlungen einberufen, wo über den Vorschlag unserer beiden Genossen abgestimmt werden sollte. Wer nun aber glaubte, daß reformistische Funktionäre Interesse an der Erhaltung der Kasse hätten, sah sich bitter enttäuscht, denn sie versuchten, so gut es ging, mit verbotenen Karten zu spielen, und man konnte herausfinden, daß die Kasse das Mittel sein sollte, den Eisenarbeiterverband wieder zu beleben. Als aber unsere Genossen nicht Loder ließen, wurde erklärt: „Nun, der Reservefonds wird jetzt aufgebraucht, Unterstützung erhält jeder, ganz gleich, ob organisiert oder nicht und darauf werden wir vom Verbandsverband eine neue Kasse aufbauen.“ Vom Kaffee wurde zugegeben, daß die Opposition ehrlich bestritt war, die Erhaltung der Kasse zu sichern. Kollegen, gebt den Sozialfaschisten für diese Zerschlagung die Quittung, indem ihr Mitglieder der RGD werdet.

Severing spricht... Heraus zum Protest

Antreten um 18.30 Uhr. Nord: Weißburger Platz; Ost: Königgrätzer Straße; Scheitnig: Hirsch, Ecke Bockstraße; West: Striegauer Platz; Zentrum: Wallstraße, am Königsplatz; Süd: Teichacker.

Kundgebung am Dienstag 19 Uhr am Neumarkt

Anschließend Demonstration nach dem Striegauer Platz im Westen! SPD- und Reichsbanner-Kollegen, reißt euch ein! Protestiert Schulter an Schulter mit euren Klassengenossen unter Führung der Kommunistischen Partei gegen die unerhörte Provokation, die das Erscheinen Severings in Breslau darstellt!

Waldenburger Bergland

Mit der Grubenfunze durchs Waldenburger Land

Einleitend will ich noch einmal auf die Adresse des Einzelverbandes hinweisen. Das Büro befindet sich seit Mittwoch Waldenburg, Schauerstraße 2, und ist geöffnet täglich von 9 bis 12 Uhr und von 14 bis 19 Uhr. Nachmittags jeden Montag und Freitag von 17 bis 19 Uhr. Kurz sei noch mitgeteilt, daß der rote Verband unaufhaltsam vorwärts schreitet.

Die Betriebsräte wählen stehen bevor. Auch da sollst du deine Pflicht erfüllen. Wenn du die Judasraute der Reformisten, Christen und Kirch-Dunderlichen erkannt hast, müßt du unermüdet kämpfen für die Liste der Opposition. Kein Kumpel darf Kandidaten seine Stimme geben, die als schamlose Kopfnicker Hoffmanns und seiner Kumpane ihm den Stuhl drohen. Diese treuen Anhänger der „Anrufung der Wirtschaft“ reißten auch für die „wolkende Industrie“ das letzte Hemd vom Leib, den letzten Bissen Brot vom Tisch. Diese Judasraute sind eins mit den Vorgesetzten und haben nur die Interessen der Unternehmer zu wahren. Außer diesen Unternehmerräten werden auch die Nazisten um eure Stimmen kämpfen. Diese sind in ihrer häßlichen Unterwürfigkeit nicht anders zu bewerten als jene und wollen die Betriebe faschistieren. Keine Stimme den Knechten der Gewerkschaften! Jeder Klassenbewußte Kumpel wählt revolutionäre Betriebsräte.

Die Reichsbahn N.-O. fordert einen Lohnabbau von durchschnittlich zehn Prozent für Arbeiterlöhne. Was das bedeutet, kann nur der verstehen, der jemals mit einem Eisenbahnarbeiter sprach oder dessen Hauskassette kennenlernte. Kaum erreicht der Wochenlohn bei vielen Arbeitern eine Höhe von 20 Mark. Und davon noch abbauen? Was tun die Gewerkschaften und was werden sie tun? Sie warnen, „den Bogen nicht zu überspannen“. Bei dieser „Warnung“ wird es aber auch bleiben. Von Kampf wagen die reformistischen Gewerkschaftsführer nicht einmal zu schreiben, geschweige einen solchen zu organisieren. Wie ein Hohn klingt es, wenn die Eisenbahnarbeiter aufgefodert werden, der freien Gewerkschaft und der Sozialdemokratischen Partei beizutreten, die immer „ihre Interessen wirksam vertreten“. Nun, eine solche Gewerkschaft mit Partei mögen sich bis in alle Ewigkeit schämen, die die Interessen der Eisenbahner so „vertreten“, daß es außer allen anderen Verschlechterungen (Arbeitszeiten, neunstündige Arbeitszeit im Sommer, Feiertagsarbeiten im Winter usw.) auf knappe 20 Mark die Woche für den Lebensunterhalt lang. Sind das Erwerbsloshilfen, ist das wirksame Vertretung? Eisenbahner, erwacht auch ihr und quittiert den Verrat der Gewerkschaften und der SPD. mit dem Eintritt in die „Revolutionäre Gewerkschaftsopposition“ und in die kommunistische Partei. Erst ein Sowjetdeutschland wird auch euch ein menschenwürdiges Dasein sichern.

Das Gebotel um den „zweiten Mann“ in der SPD. will nicht nachlassen. Da ist uns schon mancher Biß in die Hand gedrückt worden. Alles Betteln nützt nichts, die Massen sind des Verrats satt und streben zur kommunistischen Partei. Auch die Kleingewerbetreibenden gehören zu uns, sie leiden unter ungeheurem Steuerdruck und unter der fallenden Kaufkraft durch Lohn- und Gehaltsabbau.

Ein Zeichen der Zeit ist es, wenn sich in Riederitzbrunn um die von der evangelischen Kirchengemeinde ausgeschriebene Stelle eines Friedhofswärters 70 Personen bewarben. Ortsangehörige Bewerber wurden nicht berücksichtigt, dafür nach warmer Empfehlung des Herrn Pastor Göbel ein solcher aus Neu-Salzdamm. Er erklärte, daß Wohnung für den Bewerber in der Gemeinde vorhanden ist. Zu was kann einige Tage später eine Anzeige in den Zeitungen wegen Wohnungsmangel? Der Herr Pastor nimmt das nicht so genau. Er sollte sich mal im Wohnungsamt um die Verhältnisse im Wohnungswesen kümmern.

Mit eigenartigen Methoden arbeitet die Inhaberin des Café „Fürstentum“, Frau Walter, Riederitzbrunn. Zwei Proleten bestellten nach eingetretener Polizeistunde ein Glas Bier, bekommen es aber nicht. Das wäre in Ordnung. Nach einer Viertelstunde erhält aber ein Bauunternehmer trotz Polizeistunde Kaffee und Bier. Die Inhaberin will eben mit Arbeitern nichts zu tun haben. Wenn man ein reines Gewissen hat, braucht man keine Gäste um 2.30 Uhr morgens nicht zur Hintertür hinausklassen. Die Riederitzbrunner Polizei möchte sich eben auch mal um dieses Lokal kümmern, nicht nur immer um andere. Oder sollte etwa gar die Polizei...? Aber das ist ja nicht möglich. Die Arbeiterschaft muß dieses Lokal im Auge behalten, das sich anscheinend zu einer Nazischutzstätte ersten Ranges entwickelt.

Das Bohlenwerkamt Ober-Salzdamm vermittelte der Firma Schmidt und Erler („Angst und Bange“) auf dem fürstlichen Liebhau zehn Ausgepöbelte, die sich auch dort melierten. Die noble Firma zahlt für Schlämmwägen im Afford pro Ripplore 18 Pfennig, und für den kleineren Wagen 13 Pfennig. Ein Schichtlohn ist nicht gesichert, so daß es vorkommt, daß Arbeiter mit sieben und acht Mark Wochenlohn noch Hause gehen. Das Gehänge ist bereits verkauft, daß zwei Mann kaum einen Wagen wegbringen. Herr Schmidt ist vierzig Jahre Betriebsamter, weiß aber von einem Betriebsrätegesetz nichts. Nicht einmal eine Hausnummer hat. Die Arbeitsstelle ist ein Taubenloch. Herr Schmidt streift sich, zu sagen: „Die Ausgepöbelten fressen die Brotkrumen der anderen.“ Bon was lebt Herr Schmidt mit seinen Kuffehern und den Bürogehilfen? Vom Schweiß seiner ausgepöbelten und miserabel bezahlten Arbeiter! Er scheint von christlicher Nächstenliebe wenig zu wissen, trotzdem er sein Büro im selben Gebäude hat, in dem der Beamte junger, klügerer — ah, christlicher Männer sein Domizil hat.

Außer mir und allen anderen Arbeitern, Erwerbslosen, Invaliden, Witwen, Rentnern, Kleingewerbetreibenden und kleinen Beamten geht es auch noch anderen Leuten zum Erbarmen schlecht. Da sprach ich mit einer achtzigjährigen Pastorenwitwe, die in Bad Salzdamm wohnt. Die Dame klagte das Blau vom Himmel herunter. Als sie mir erzählte, daß sie monatlich nur 350 Mark Pension erhält, glaubte ich, daß sie sich schlecht geht und war so erschüttert, daß ich im Stillen dachte (Ihr werdet's gewiß auch denken): „Wenn ich doch bloß Pastorenwitwe wäre.“

Der berühmte unergründliche Republikverteidiger Paul Jaumann in Weisstein für den Kampfband (gegen den Bolschewismus). Die gesammelten Werke sind mehr erzwungen als frei-

willige Spenden. Zu finanziell etwas Bessergestellten sagte er, daß, wenn schon Invaliden drei Mark (1) zählten, sie 18 Mark zählten müßten. Wenn Paul so weitermacht, wird er bald den Kleinsten mit den Kleinsten verkaufen und dann General ohne Soldaten sein, denn auch Reichsbannerarbeiter beginnen zu erwachen. (Siehe Santberg.)

Herrn Dr. Belsch vom Arbeitsamt möchte ich an das Versprechen erinnern, das er vor Weihnachten einigen Vertretern der Erwerbslosen gegeben hat. Sie versprochen doch, während den Wintermonaten die Stempelkontrolle in einer Woche dreimal, und in drei Wochen je zweimal festzusetzen, nicht wahr? Was ist aus diesem Versprechen geworden? Hören bei Ihnen die Wintermonate schon im Januar auf? Oder glauben Sie, daß es Schulhöhlen für Erwerbslose umsonst gibt? Ich wollte also erinnern!

In Gottesberg begegnete ich dem Krankenbesucher von der Knappschicht und beobachtete, wie er einen angeblich Kranken, mit dem Stod an die Wand schlagend, wecken will. Bell ihm das nicht gelang, forderte er ein Kind auf, die verschlossene Tür zu öffnen. Der betreffende Kumpel arbeitete schon wieder eine Woche bei dem Besuch. Das ist nette Aufstände in diesem sozialdemokratischen Musterbetriebe. Die Knappschicht sollte ihre bezahlten Subjekte in einer Lebensversicherung recht hoch versichern, vielleicht in der Volksfürsorge.

Großes Heil steht den Wohlfruchtsempfängern von Gottesberg bevor. Der Oberrepublikaner und Konrektor der westlichen Schule, Herr Schäfer, wird auf einige Prozent seines kümmerlichen Einkommens freiwillig zugunsten der Armen verzichten. „Freie Bahn dem Tüchtigen“ ist sein Leitmotiv. Er hat sich doch einmal geäußert, daß er von hier weggeht, wenn er nicht Konrektor wird. Na ich glaube, daß Gottesberg in dem Meer von Tränen um ihn nicht erlösen wäre.

Auch in Gottesberg fällt's schwer, den „zweiten Mann“ für die Panzerkreuzer-Partei zu gewinnen, weil der Sped. mit dem man Mäuse fängt, witzig ist. Schindler versucht es mit anderen Lockspeisen. Er verspricht einem parteilosen Arbeiter für den Eintritt in die SPD. einen Unterlasserposten vom Baugewerksbund. Dem Arbeiter sagte das SPD. Reich nicht, und Schindler mußte als Tuchreißer von dannen ziehen. Noche wird mit dem „zweiten Mann“ mehr Glück haben, der hat bessere Köpfe zu vergeben.

Die verzweifeltsten Anstrengungen eines Bergarbeiterverbandsfunktionärs aus der Poststelle I unter Berners Regie, die Kumpels vom Uebertritt in den Einheitsverband abzuhalten, sind zwecklos. Auch die Drohung, daß der Kumpel dann von der Grube entlassen wird, verfehlt die Wirkung. Die Erkenntnis bricht sich Bahn.

Niederschlesien Wie die Krim die Erschießung des Landjägers Scholz „untersucht“

Man schreibt uns aus Riesky: Es ist noch in aller Erinnerung, wie die Kriminalpolizei nach der Erschießung des Landjägers Scholz sofort eine große Aktion gegen die Kommunisten einleitete. Genau so wie kurz vorher bei den wahrscheinlich von den Nazis selbst erschossenen Hitleranarchisten. In beiden Fällen stand für die Krim von vornherein fest, daß es nur die verfluchten Kommunisten gewesen sein konnten. Es wurde nur so darauf los verhaftet und die Hege nahm zum Teil direkt unerhörte Formen an. Aber da die Umfänge unserer Genossen durch nichts erschüttert werden konnte, mußte die Krim wohl oder übel ihren Feldzug einstellen. Dann war es eine ganze Zeitlang ganz still geworden, bis auf einmal wieder Leben in die Sache hineinzukommen scheint, wenn auch dieses Leben ein recht mörkliches Aussehen hat. Im „Volksfreund“ in Riesky, dem verkappten Nazi-Blatt, war nämlich dieser Tage zu lesen, daß die Polizei in der Nähe des Standortes, von dem aus der tödliche Schuß auf Scholz abgegeben sein muß, eine alte Damenuhr und ein Siegelring gefunden worden sind. Wertwändig, höchst merkwürdig. Die Polizei ist mit allen Werkzeugen ausgerüstet, um so etwas sofort zu finden. Und hier scheint es, als ob erst noch mehr als fünf Wochen nach der Tat mit den erforderlichen „Drillen“ gesucht worden wäre. Wir aber erlauben uns, ganz offen zum Ausdruck zu bringen, daß hier etwas nicht stimmt. Sollte die Sache nicht vielleicht doch so liegen, daß man jene Sachen schon früher gefunden, aber ein Interesse daran hatte, noch nicht als gefunden zu melden, weil dieser Fund zu der Annahme über die vermutlichen Täter nicht paßte? Wir äußern diese Bedenken nicht leichtfertig, aber wenn man bedenkt, was alles getan wurde, nur um die Tat den Kommunisten anzuhängen, dann stellen sich solche Bedenken ohne weiteres ein. Gatte man nicht einen 70 Prozent Unfallsverlehen eine ganze Woche ohne den geringsten Anlaß in Haft gehalten als den vermeintlichen Mörder? Bei allen Mitgliedern der SPD. wurden Hausdurchsuchungen abgehalten. Und wie ist man bei den Verhaftungen vorgegangen? Wer ist Funktionär in der Partei? Was haben Sie am Montag zu Mittag gegessen? Warum steht Ihr Bett nicht neben dem Bett Ihrer Frau? Mit solchen „Mitteln“ wurde gearbeitet, aber der Erfolg blieb trotzdem aus.

Und jetzt auf einmal wird man mit der Unterjuchung sehr viel „vorsichtiger“. Es ist ja ein Siegelring, der gefunden wurde, den tragen in der Regel keine Proleten. Und so heißt es jetzt auch nicht mehr von Mördern, nein, jetzt schreibt man von Schützen. Es kommt noch folgender, sehr wichtige Moment hinzu. Nach den „Schriftlichen Nachrichten“ war der ermordete Landjäger Scholz Mitglied der Nazis. Man sollte daraus schließen, daß die Nazis sich besonders eifrig bemühen werden, den Mörder ihres Parteifreundes ausfindig zu machen. Aber merkwürdigerweise ist es auch bei den Nazis bisher sehr still geblieben. Zunächst diese Herrschaften vielleicht, daß bei Aufklärung der ganzen Geschichte ihnen nicht nur das Agitationsmaterial gegen die Kommunisten aus der Hand geschlagen, sondern daß auch sonst noch allerhand wenig Erbauliches für sie herauskäme?

Uebrigens wäre es interessant, zu erfahren, auf welche Ursachen es zurückzuführen ist, daß der Oberlandjäger Weier nicht sofort auf den Täter geschossen hat, als er seinen Kameraden neben sich fallen sah? Man ist doch sonst nicht so zimperlich mit dem Schießen, wenn es gegen Proleten geht. Nach alledem darf man wohl sagen, daß es höchste Zeit wird, den Täter zu ermitteln, auch wenn er nicht dort ist, wo man ihn glaubte finden zu müssen. Es ist das auch deshalb notwendig, damit wir in die Lage kommen, in anderer Weise als bisher gegen diejenigen vorzugehen, die ohne den Schatten eines Fennisches Arbeiter verhaftet und die schamloseste Hege gegen die Kommunisten entfaltet haben, vielleicht gerade deshalb, um dadurch die Spur von dem wirklichen Täter abzulenken. Wir werden die

In Langwäldersdorf nahm ich an einer Verammlung des Bergarbeiterverbandes teil, in der der Konterrevolutionäre Dertert einen erbitterten Kampf für den Bohraus und das „Dritte Reich“ führte. Im Falle einer faschistischen Diktatur wird er mit seinen Genossen das kleinere Übel schluden. Mit dem Hitler-Gruß verchiedand der Feld.

Eine schwere Vereinschuldigung erdachte Pauze, Vorsitzender der SPD., darin, daß auf der Vereinstafel neben der Belarntmachung der Nachbargewerkschaft auch die der SPD. Verammlung stand. Schrällch, was?

SPD.-Amtsvorsteher Verberich entscheidet sich auch für das Dritte Reich. An die Tür zum Versammlungsbüro setzte er zwei Landjäger und einen Polizisten. Stühle und Tische waren ausgeräumt und hier wurde nicht ausgehakt. Trotz aller Schikanen war doch eine ganze Anzahl Arbeiter erschienen und auch ein Erfolg zu verzeichnen.

Die Nazal von Charlottendrum wollen Bürgerkrieg spielen. Selbst sind sie zu feige, da müssen es die Lehrlinge vom Nazisbader Jung machen. Bei dem Wüten vor den Fenstern eines Jungloms, mußten kommt es dann vor, daß sie von zwei Arbeitern den Kopf nicht trockenem Keks vollgeschmecken kriegen. Frau Nazisbader Jung geht am nächsten Tage zu dem Jugerzogenossen und brüllt wie eine Hyäne, „die Familie wäze weiß fürs Zuchthaus“ u. a. m. Ihr Sohn Gerhard ergriff das Fadenpendel, als er mehrere Jugerzogenossen spurte. Verkaufserlöse ohreigen ist natürlich leichter. Wieviel Verkaufserlöse mögen da bloß im Laufe eines Jahres gebraucht werden? Nächste Woche beschäftigen ich mich mit den anderen Nazisbader. (Jasou.)

Landeshu Die Ausbeutungsstätte Weibschule

Unser Bericht über die Verhältnisse in dieser Bildungsanstalt hat wie eine Bombe eingeschlagen. Da nichts von dem Angeführten zu widerlegen ist, sinnen Pieper, Sauer und die anderen auf neue Methoden der Beeinflussung und Ausbeutung. Zunächst mußten aber alle verdächtigen Jugendlichen entfernt werden. Bei den neuen Schülern aber wird streng darauf geachtet, daß sie die gewünschte „staatsverhaltende“ Gesinnung in sich haben; wer das nicht hat, fliegt bald wieder heraus, wie das ein Fall mit dem unwürdigen Schüler beweist. Wie in ausgeprägten Ausbeutungsstätten die Arbeitsmethoden gesteigert werden, zeigen die versprochenen Prämien bei Höchstleistungen. Dabei steht fest, daß dieser „soziale“ Betrieb mit dazu beiträgt, Betriebsarbeiter arbeitslos zu machen. Während in Vollenhain immer mehr Arbeiter zur Entlassung kommen, Familienväter arbeitslos gemacht werden, wird hier zur angeblichen moralischen Erziehung Arbeitsdienstpflcht eingeführt.

Jungarbeiter! Erkennt eure elende wirtschaftliche Lage, die Ausbeutung und Unterbietung eurer Entlohnung, organisiert euch reflexlos in der NSD. und im kommunistischen Jugendverband.

Niesky Die Nazis wollen wieder provozieren

Am 22. März beabsichtigen die Faschisten eine große Provokation der hiesigen Arbeiterschaft. Sie wollen einen Aufmarsch veranstalten und bei dieser Gelegenheit wieder einen ihrer berüchtigten Ueberfälle durchführen. Es versteht sich von selbst, daß die revolutionäre Arbeiterschaft diese Provokation nicht ruhig hinnehmen kann. Sie rüft daher am gleichen Tage zu einer großen antifaschistischen Kundgebung auf. Pflicht aller Arbeiter von Niesky und Umgebung ist es schon jetzt, alles aufzubieten, um diese Kundgebung zu einem gewaltigen Bekenntnis für den Kampf gegen den Faschismus zu gestalten.

Deutsch-Ossig Korruption überall

Noch ist die Summe nicht genau festgestellt, die der sozialdemokratische Gemeindevorsteher unterschlagen hat, da wird bekannt, daß der langjährige Vorsitzende der Jugenberg-Partei, der Stellvertreter Riemer, von seinem Amte als Fleischbeschauer entfernt werden mußte. Es versteht sich von selbst, daß dies nur geschehen konnte, weil Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind. Merkwürdigerweise aber wird darüber nichts bekanntgegeben. Man begnügt sich damit, einfach mitzutellen, daß an seine Stelle ein Fleischbeschauer aus Jauernick getreten ist. Wir verlangen, daß öffentlich bekanntgegeben wird, was mit dem deutschnationalen Kommunistenreffer los ist.

Der Vorfall zeigt, daß wir nur zu sehr recht hatten, als wir auf Anlaß der Futtertruppenjagd schrieben, daß die Bürgerlichen gar kein Recht haben, sich über den roten Sumpf zu entrüsten, daß sie genau so verjumpt und korrupt sind, wie ihre sozialdemokratischen Kolaken. Nur eine Partei kann gegen diese Korruption kämpfen, das ist die SPD., die solche Elemente in ihren Reihen nicht duldet.

Haynau Öffentliche Versammlung in Fuchsmühl

Die kommunistische Partei führt am Dienstag in Fuchsmühl im Weberschen Gasthaus um 20 Uhr eine öffentliche Landversammlung durch. Alle Landarbeiter und Kleinbauern aus Fuchsmühl und Buchwald müssen an dieser teilnehmen.

1200 Leser der Wochenausgabe der „Arbeiter-Zeitung“

Zawohl, wir können mit Stolz auch von einem Vormarsch in bezug der „Arbeiter-Zeitung“ sprechen. Es ist den Genossen gelungen, den Umsatz der Wochenausgabe auf 1200 Exemplare zu steigern. Bravo! Wir machen unsere werthen Leser der Wochenausgabe darauf aufmerksam, daß die zweimal wöchentlich erscheinende Ausgabe der „Arbeiter-Zeitung“ in den nächsten Tagen erscheint und sofort bei dem Austräger bestellt werden kann. Bestellt noch heute die Ausgabe B, die Werber werden bei Ihnen vorprechen.

An alle Leser der „Arbeiter-Zeitung“! Beachtet die Inzerate in der „Arbeiter-Zeitung“! Dem Geschäftsmann unser Geld, der's mit unserer Presse hält!

So geht es dem Arbeiter im „Dritten Reich“

Einige Tatsachen zu den Betriebsrätewahlen

„Deutscher Arbeiter, Schau nach Italien“, das ist der letzte Trumpf des „Angriff“, wenn er versucht, wie jetzt vor den Betriebsrätewahlen, Breschen in die rote Front der Betriebsbesetzungen zu schlagen. Die Zustände in Italien entsprechen nach zahlreichen Äußerungen vollkommen dem Idealbild der Nazisführer vom „Dritten Reich“. Aber es ist auffallend: so oft sich auch der „Angriff“ bei seinen sozialkritischen Bemerkungen über die deutschen Zustände auf sein Staatsideal Mussolini beruft, in der Veröffentlichung konkreter Tatsachen, Ziffern und offizieller Verlautbarungen aus Italien ist er sehr zurückhaltend. Und das hat seinen Grund.

Von der Wirtschaftskrise ist Italien genau so wie alle anderen Länder — mit Ausnahme unseres Beispiels, der Sowjetunion — erfasst. Und mit welchen drakonischen Maßnahmen gegen das werttätige Volk Mussolini seine Herrschaft aufrecht erhält, das geht sogar aus offiziellen Dokumenten hervor.

Als Erstem geben wir dem italienischen Ministerpräsidenten Mussolini selbst das Wort. In einem Artikel, der am 25. Februar 1931 im „Börslichen Beobachter“ erschien, schreibt der Führer des internationalen Faschismus:

„Ich vertrete den Standpunkt, daß es in den Zeiten der Krise im eigenen Interesse des Arbeiters liegt, sich mit einer Lohnkürzung einverstanden zu erklären.“

Dieser Anspruch ist fast wörtlich der gleiche, wie ihn der deutsche Hungerkämpfer Brüning gebraucht hat, als er den Befehl zum rückwärtslosen Abbau der deutschen Arbeiterlöhne gab. Mussolini, der die Lohnraubaktion der deutschen Kapitalisten kopierte, hat von diesen auch den Schwindel einer „Preissenkung“ übernommen.

Die amtlichen italienischen Angaben im Januar 1931 weisen eine durch statistische Tricks errechnete „Senkung“ der Lebenshaltungskosten um 14 bis 16 Prozent, zugleich aber eine Senkung der Stundenlöhne um 30 bis 40 Prozent und der Monatsverdienste um 60 Prozent auf.

Sogar aus diesen offiziellen Ziffern geht einwandfrei hervor, auf welchen Elendsstand die Lebenshaltung der italienischen Werttätigen herabgedrückt wurde. Seht man den Durchschnittslohn in London im Januar 1931 gleich 100, so beträgt der Lohn der italienischen Arbeiter in Mailand 52, in Rom 42 bis 44 Punkte.

Mussolini selbst gab in seiner Rede vor dem italienischen Senat am 18. Dezember 1930, in der er das vorläufige Fazit seiner Preisentlastungsaktion zog, zu, daß der Faschismus das Lebensniveau der Massen auf den denkbar niedrigsten Stand herabdrückt. Er sagte unter anderem:

„Glücklicherweise ist das italienische Volk noch nicht gewohnt, täglich mehrmals zu essen.“

Diese Worte müßten für immer in das Bewußtsein jedes deutschen Arbeiters übergehen. Sie sind das zynischste Bekenntnis zur Aushungerung eines ganzen Volkes, das niemals von einem Regierungsführer abgegeben wurde. Es sind die Worte jenes Mannes, dessen Programm vor seinem Marsch auf Rom 1922 unter anderem folgende Forderungen enthielt: Achtstundentag, wesentliche Erhöhung der Löhne, Betriebskontrolle durch die Arbeiterklasse.

Daß in Italien das werttätige Volk noch nicht restlos im Elend erstickt ist, ist der mobilisierenden und organisierenden Tätigkeit der illegalen kommunistischen Partei zuzuschreiben, die trotz der Todesstrafe, die im Dritten Reich für Streiks eingeführt ist, eine Reihe von Arbeitskämpfen, von Hungermärschen und Kampfdemonstrationen organisierte. Mussolini ist wohl der meistgehasste Mann in ganz Europa; er konnte in letzter Zeit sogar seine Prätorianer-Garden nur noch mit der Bewilligung immer neuen Soldes an sein Regime ketten.

Die deutschen Nationalsozialisten verfehlten heute noch demagogisch einige der Mussolinischen Lösungen von 1922. Ihre Politik ist jedoch überall, wo sie bereits die Macht haben, wie

Molotows Schlußwort auf dem VI. Sowjetkongreß

„Bolschewistische Linie und bolschewistische Kraft!“

Der Fünfjahrplan der Sowjetunion und die Zweijahrpläne der Kriegstreiber

W. Moskau, 14. März. Nachdem der Rätekongreß der Sowjetunion die Aussprache über die Regierungsberichte abgeschlossen hatte, hielt heute der Vorsitzende des Volkskommissariats der Sowjetunion, Molotow, die Schlußrede. Nach einer Meldung der Telegraphen-Agentur der Sowjetunion stellte er darin zunächst fest, daß die Friedenspolitik der Regierung die einmütige Billigung des Kongresses gefunden habe. Die Regierung mache sich auch weiterhin den Kampf um den Frieden zur Aufgabe, denn eine Festigung der friedlichen Beziehungen der Sowjetunion zu anderen Ländern und überhaupt die Festigung des Weltfriedens sei eine Vorbedingung für eine erfolgreiche Ausführung des Fünfjahrplans.

Im Gegensatz zu dem friedlichen Charakter des Fünfjahrplans der Sowjetunion gestalteten sich, so erklärte Molotow, die „Zweijahrpläne“, die in manchen kapitalistischen Ländern ausgearbeitet würden, im Grunde zu Zweijahrplänen der Interventionen vorbereitung, wie es in den Projekten gegen die Indus- triepartei und gegen die Menschewisten aufgedeckt worden sei. Angesichts derartiger Pläne der Imperialisten, fuhr der Vorsitzende des Volkskommissariats fort, sagen wir offen, wir

müssen auf der Hut sein, denn unser friedlicher Aufbau wird be- droht.

Molotow erinnerte dann an die von Banderwede an den Volkskommissariatsrat angelegte des Menschewistenprozesses gerichtete Erklärung und hob hierauf hervor, in diesem Schriftstück habe der Vorsitzende der Zweiten Internationale die Solidarität und Unterstützung der Zweiten Internationale für die gegenrevo- lutionäre Tätigkeit der russischen Menschewisten bestätigt. Zu der Äußerung Banderwedes von einer Einheitsfront der Wert- tätigen, erklärte Molotow, mit Leuten, die tatsächlich eine Inter- vention gegen die Sowjetunion unterstützen, könne keine Ein- heitsfront bestehen. Eine feste Einheitsfront der Werttätigen der Sowjetunion mit den Werttätigen anderer Länder sei nur auf der Grundlage des Kampfes gegen Intervention möglich. Diese Einheitsfront wachse täglich und werde hoffentlich das Haupt- hindernis für die Durchführung einer Intervention sein.

Molotow schloß: Wenn die bolschewistische Linie unter Ver- hältnissen friedlicher Aufbautätigkeit liegt, so werden wir im Augenblick eines Angriffes gegen die Sowjetunion nicht nur die siegreiche bolschewistische Linie, sondern auch bolschewistische Kraft zu zeigen wissen.

Ein amerikanischer Journalist über den Fünfjahrplan

„Die einen begeisternd, die andern erschreckend“

Die Epoche des Fünfjahrplans — Die „Stählerne Epoche“

Die amerikanische Wochenzeitschrift „New Republic“ bringt einen Artikel von B. G. Chamberlain über den Fünfjahrplan der Sowjetunion.

„Gibt es irgendeinen Akt der Sowjetunion“, schreibt Cham- berlain, „von den ersten Tagen ihrer Existenz an, der eine so entscheidende Bedeutung als die Erklärung über die Durchfüh- rung des Fünfjahrplans hatte? Das gesamte tägliche Leben der Sowjetunion, alle ökonomischen Tendenzen sind dieser Entscheidung untergeordnet. Dieses Experiment hat das Ziel, in den nächsten Jahren eine ganze Reihe von Fabriken, Schächten, Schulen, Häusern, Kraftstationen und Theater zu bauen, für die Bedürfnisse von 160 Millionen Menschen und besitzt eine inter- nationale erzieherische Bedeutung.“

Bei der Darstellung der Erfolge der Durchführung des Fünf- jahrplans stellt Chamberlain fest:

„Diese Erfolge sind erstens Verbreiterung der Anbaufläche

der Getreidekultur, Baumwolle, Zucker und dies entspricht der breiten Entwicklung der Kollektivwirtschaften und Sowjetgüter in Verbindung mit der Mechanisierung der gesamten landwirt- schaftlichen Arbeit. Zweitens Verbreiterung der Produktion in den entscheidenden Industriezweigen. Drittens Befestigung der Arbeitslosigkeit. Die Liquidation der Arbeitslosigkeit (wenn man nicht jene Klassen berücksichtigt, die aus poli- tischen Ursachen keine staatliche Tätigkeit erhalten) schafft in der U.S.S.R. eine Lage, die sich scharf unterscheidet von der Lage in England, Amerika und Deutschland, wo sich Milli- onen Arbeitslose befinden.

Die Epoche des Fünfjahrplans ist für die einen etwas Begeisterndes und für die anderen etwas Schreckliches. Das ist die Stählerne Epoche.“

Lohnrauboffensive auch in Belgien

Brüssel, 11. März. Gegenwärtig läuft eine ganze Serie von Lohnabbauforderungen im Ausmaße von 6 bis 15 Prozent. Die reformistischen Gewerkschaftsführer nehmen zu allen möglichen Manövern Zuflucht, um die Arbeiter vom Kampfe gegen die Unternehmeroffensive abzuhalten. In der Metallindustrie, wo die Unternehmer eine Lohnkürzung von 10 Prozent in zwei Etappen durchzuführen wollen, haben die Gewerkschaftsführer, die ebenfalls sozialdemokratische Abgeordnete sind, ihre Inter- pellation in der Kammer zurückgezogen, „um nicht die Verhand- lungen mit dem Arbeitsminister zu hemmen“. Dies, obgleich sie gezwungen sind anzuerkennen, daß die Reallohne der 40 000 Metallarbeiter wenigstens um 10 Prozent niedriger sind, als im Jahre 1925 vor der Stabilisierung der belgischen Valuta, und daß die Lage eine ähnliche ist für die 100 000 Arbeiter der Maschinenbauindustrie, für die 150 000 Bergarbeiter, die 150 000 Beamten des Staates und der Eisenbahn usw.

Da aber überall die Arbeiter sich gegen die Lohnkürzungen aussprechen, sind Kämpfe wahrscheinlich. Die A.G.O. bereitet diese Kämpfe vor durch Mobilisierung der Arbeiterschaft zur brei- testen Einheitsfront.

Die Strasse ohne Sonne

Ein japanischer Arbeiter-Roman

von N. Tokunaga

Copyright by Internationaler Arbeiter-Verlag G. m. b. H., Berlin.

41. Fortsetzung.

„Zum Teufel, ihr Hunde, ihr habt uns belogen! Die Kerle von der Zentralkommission haben sich verhaften lassen, weil sie Angst hatten, vor uns hinzutreten!“

„Was heißt schon ‚Leiter‘, ihr Dämon!“

Sie brüllten aus vollen Lungen; einigen kamen die Tränen vor Empörung. Die Gruppenleiter schwiegen verlegen, darauf waren sie nicht gefaßt.

„Wenn wir mit solchen Bedingungen einverstanden sind, dann haben wir von Anfang an die Augen zu gehabt — Räuber- bande ihr!“

Die Gruppenleiter erschrafen; woher hatten diese Leute die Besöhnungsbedingungen in Erfahrung gebracht, die doch ganz geheim gehalten waren?

„Was denn, warum regt ihr euch so auf?“

Kindo, der älteste Gruppenleiter, in schwarzem Arbeitskleid, wollte aufstehen; da sprang einer der Streikenden auf ihn zu, packte ihn am Kragen und schüttelte ihn:

„Stell dich doch nicht so dumm an, Kerl!“

Der schmutzige, etwa vierzigjährige Mann, der ihn hielt, be- drückte ihn vor Aufregung beim Sprechen mit Speichel.

„Die Besöhnungsbedingungen kennen wir schon, wissen wir schon — denkt ihr vielleicht, daß wir damit einverstanden sind?“

Die andern umringten die Gruppenleiter, und so wurde die Sitzung gesprengt. Unten sammelten sich unterdessen die Strei- kenden aus all den Gruppen, die kein Lokal mehr hatten. Das ungewisse Jahresende vor sich, hatten fast alle traurige Gesichter, in denen unruhige Augen verbluten wollten. Sie konnten schon

tapfer sein, jetzt aber waren sie so abgekämpft, daß der geringste Widerspruch sie krankhaft erregte.

„Hallo, ich habe etwas ganz Unglaubliches gehört!“ trat ein Bemühter zu einer Gruppe von etwa fünfzehn Mann und zeigte den Inhalt der Besöhnungsbedingungen.

„Und das Gruppenleiterkomitee hat sich mit den Bedingungen einverstanden erklärt!“

Alle Umstehenden wurden blaß.

„Hört mal“, flüsterte die Mücke mit jankelnden Augen, „die Leute von der Zentralkommission haben sich mit Absicht verhaften lassen, weil sie nicht weiter wußten.“

Am Winterhimmel hingen tiefe Wolken, und ein Hagelschauer war im Anzug. Die blassen Gesichter wurden müde und kraft- los und sahen in ihrer Empörung seltsam verstört aus.

„Vorwärts, Vorwärts, der Kerl ist sehr verdächtig!“ schrie ein junger Mann in Matrosenhose, dem an dem Mann plötzlich etwas aufgefallen war.

Der das rief, war Hisajita, der Lehrling.

bestimmt Takayama, aus der Zeitungsabteilung, er erkannte ihn, „Das sind doch nur Gerüchte, solche Parolen haben wir schon genug gehört!“

Er hatte schon vorher den verdächtigen Kerl gesehen; das war bestimmt Takayama, aus der Zeitungsabteilung er erkannte ihn, trotzdem er über dem Kimono einen Havelock trug und ganz anders als sonst ausah. Dieser Bursche stieß stets im gefahr- lichsten Moment zu ihnen, aber wenn es wirklich gefährlich wurde, hatte er sich immer aus dem Staube gemacht. Hisajita hatte nie davon gehört — und er hatte ein verdammt gutes Ge- dächtnis — daß Takayama auch nur einmal verhaftet war. Hisa- jita schlängelte sich flink durch die Menge, um sich den Burschen zu greifen, aber der war schon verschwunden.

„Wer sich noch in dieser Woche meldet, wird von der Gesellschaft wieder eingestellt, mit Ausnahme der schon Ent- lassenen.“

Auch solche Gerüchte kamen zu den Zimmernden geflogen. Die Leute hatten gar keine Lust, auf die Worte Hisajitas, des Kükens, zu hören.

„Geh zu den Gruppenleitern, wir werden sie fragen, dann wird alles klar.“

„Tragt das Gruppenkomitee —“

Sie hatten gar nicht die Energie mehr, selbst zu untersuchen, woher solche Gerüchte stammten.

In diesem Durcheinander waren die Gruppenleiter nicht nur nicht imstande, diese Gerüchte als solche zu entlarven, sie bewielen auch ihre totale Unfähigkeit, das Steuer des gestrandeten Schiffes auf den richtigen Kurs zu bringen.

„Teufel, ihr habt uns belogen, ihr Gauner, was seid ihr für Leiter, ihr seid eine schöne Räuberbande!“

„Wir machen den Quatsch nicht mehr mit!“

Sie tobten und schrien und ließen ihrer hoffnungslosen Wut freien Lauf.

Dunkel hing die Fahne an der Wand.

★

Der letzte Generalversammlung der Streikenden wurde ge- öffnet.

Es war Vormittag, die Hagelkörner wurden schräg vom Wind gepelzt und die Kälte fraß in den mageren Knochen. In der Tempelhalle Dengu-in sammelten sich die tobwundenen Streiker von allen Fronten.

An einer Seite der halbdunklen Tempelhalle stand ein ein- facher Tisch, dahinter leuchtete die rote Fahne und zu beider Seiten die vielen roten Fahnen der Abteilungen.

Die Halle war von uniformierten Polizisten mit herunterge- legtem Sturmriemen bewacht. Unter der Oberfläche des Raumes, wie in einer düsteren Meerenge, strömten wirbelnd die Stim- mungen der verschiedensten Richtungen. Man suchte Gelegenheit zu einem Zukunftsstoß. Nach fünf, nach zehn Minuten wurde die Spannung zwischen den Strömungen dichter und unvor- sönlicher.

Die ermüdeten Elemente, die nach dem Wirtswort der Gruppenleiterführung immer mehr verzweifelt waren, wurden durch ihr gemeinsames Mißtrauen gegen die Zentralkommission zu- sammengeschlossen; sie verlangten den sofortigen Abbruch des Streiks. Die ganze rechte Seite der Halle einnehmend schrien sie ununterbrochen:

„Los, fangt an!“

„Wo ist die Zentralkommission, kommt endlich raus!“

Hinten, auf der linken Seite, sammelten sich die Jungen, die auf allen Seiten der Front noch gekübelten waren. Horn und Trug drückte aus ihren Mäulern, sie schüttelten die Köpfe über die Verspätung und sahen während auf den leeren Vorstands- stuhl

(Squid folgt)

„Jetzt haben wir noch Zeit zum Reinemachen“

Entsprechend der Entwicklung der Sozialdemokratischen Partei nehmen auch die Führer in der Arbeitersportbewegung stärkeren Kurs auf die Kampfbarmachung des Arbeitersports für die Politik der Bourgeoisie.

In der „Freien Sportwoche“ vom 2. Februar versucht ein kurz flüchtiger Besuch des Bundesvorstandes mit einer neuen Kommunistenhefte zu rechtfertigen. Bezeichnend ist für die Weiterführung des Spaltes die Forderung dieses zum „Reinemachen“. Er schreibt: Es sind aber noch Fische im Bau, die schleichen und marrieren den Unberühmten.

„Auch jene sind von Roslaus Gnaden! Kein Bundesmitglied darf dieses Spiel mit verstellten Karten dulden! Je eher jene Halbheiten liegen, desto früher bekommen wir Ruhe... Langsam ist in diesen heillosen Tagen ebenso wenig angebracht, wie Del im Feuer. Jetzt haben wir noch Zeit zum Reinemachen.“

Damit unterstreicht auch Russe die Tatsache, daß trotz der Massen-ausschlüsse die Opposition vorhanden ist, daß sie stärker wird. Sie wird sich auch trotz der Weiterführung der Spaltung nicht vom Kampfe gegen die Politik des Bundesvorstandes zur Liquidierung des Arbeitersports als Klassen Sport abbringen lassen, sondern in gemeinsamer Front mit der 3. diesen Kampf führen.

Mehr Schülermannschaften

Daß wir auch in der Erfassung von Schülermannschaften zu einer Massenbewegung kommen können, das beweist der Duisburger Bezirk des Landesgebietes Ruhr. In keinem Bezirke haben wir so viel Schülermannschaften. So hat die erste Schülermannschaft vom Verein „Zukunft“-Gamborn bereits 23 Spiele ausgetragen. Davon bis jetzt erst eines verloren. Wir sehen also, daß durch systematische Arbeit auch in technischer Beziehung sich dieser Nachwuchs einmal für die Stamm-Mannschaften lohnen wird, aber auch zahlenmäßig hat die Schülerbewegung einen ungeahnten Aufschwung genommen, so daß der Verein schon jetzt dazu übergehen mußte, eine zweite Abteilung zu schaffen. Die Schülermannschaften werden nicht nur in Hand- und Fußball eingeführt, sondern alle übrigen Sportarten werden gleichfalls gepflegt.

Fußball-Serienspiele am 22. März

1. Klasse

- Blau-Weiß, Cels — Rot-Weiß, 15,30 Uhr, Berner (Dynamo)
Janal-West — Fichte, 15,30 Uhr, Friedrich (Rot-Weiß)
Solidarität I — Grün-Weiß, 15,30 Uhr, Steinert (Pfeil)
Janal-Nord — Dynamo, 15,30 Uhr, Gübner (Pfeil)

2. Klasse

- Blau-Weiß II — Rot-Weiß II, 14 Uhr, Berner (Dynamo)
Janal-West II — Pfeil II, 9 Uhr, Kunkle (Fichte)
Solidarität II — Grün-Weiß II, 9,30 Uhr, Wandel (Rot-Weiß)
Dynamo II — Dynamo III, 10 Uhr, Kirchner (Janal)

„Hochwald“-Hermendorf — „Stern“-Jirtau 6:1 (2:1)

„Hochwald“-Hermendorf, Meister der 2. Gruppe im 4. Bezirk, hatte sich zu einem Freundschaftsspiel die Jirtauer verpflichtet. Die Gäste, denen ein guter Ruf vorausgeht, enttäuschten um so mehr, als sie sich von Hermendorfs vorzüglicher Elf übermäßig hoch schlagen ließen. Sie haben keinesfalls ihrer 1. Gruppe einen Dienst erwiesen, indem sie selten von ihrem Können überzeugen konnten. Kein Wunder, daß „Hochwalds“ Spieler sich eine Freude daraus machten, das Ergebnis möglichst hoch zu ihren Gunsten zu gestalten. Einem Treffer der Gäste setzten sie deren sechs entgegen. Der harte und sehr glatte Boden setzte bei allen Spielern eine gute körperliche Durchbildung voraus und verlangte zudem recht guten Zusammenhang, um Erfolge vorzubereiten. Die Gastgeber fanden sich mit dem Boden besser ab und waren demnach im Vorteil; alle Spieler fügten sich in den Mannschaftsrahmen ein, und bei etwa mehr Wertlegung auf flaches Kombinationspiel ist diese Mannschaft noch leistungsfähiger. Die Besiegten dürften mit diesem Spiel wenig Hoffnung auf einen guten Start in der am 15. März beginnenden Frühjahrsrunde der Punktspiele erzeugt haben. — Hochwald II — Stern II 5:1.

Sport vom Sonntag

Serienspiel der roten Fußballer

Die gestrigen Punktspiele brachten das erhoffte bessere Wetter, so daß man bei den Spielen schon weit mehr Zuschauer als an den letzten Sonntagen fand. Ueber die Spiele selbst muß man sagen, daß es eigentlich nur Favoriten Siege gab, die, wenn auch knapp, aber sicher errungen wurden. Die Belastung der roten Sportvereine in bezug auf Bezahlen der Fußballplätze dürfte unbedingt herabgemindert werden. Nachstehend die Spielberichte:

Pfeil I — Fichte I 2:1

Unter Leitung von Kössner (Dynamo) beginnt dieses Treffen und es entwickelt sich ein flottes Spiel, in welchem Fichte seine erste sichere Torchance verpaßt. Pfeil versteht jedoch, ein Mittelfeldspiel zu erzielen und später sogar durch gute Leistungen seiner Läuferreihe sein Spiel in die Hälfte des Gegners zu verlegen. Doch nichts will dem Sturm von Pfeil gelingen und mit dem Resultat von 0:0 werden die Seiten gewechselt. Nach Wiederanpfiff offenes Spiel und später Ueberlegenheit von Pfeil. Doch der Fichte-Tormann operiert mit viel Glück. In der 17. Minute schießt Pfeil das erste Tor, während Fichte in der 20. Minute durch Halbrechts ausgleicht. Pfeil ist weiter im Vorteil und es gelingt dem Spitzenreiter, endlich drei Minuten vor Schluß durch Halblinks den Sieg zu erzielen.

Rot-Weiß — Janal-Nord 3:1

Mit dem Anstoß von Janal entwickelt sich ein schönes Spiel, in welchem es Rot-Weiß bereits in der 17. Minute gelingt, zum 1:0 einzufinden. Beide Mannschaften spielen zersahren, so daß es mit dem Resultat von 1:0 in die Halbzeit geht. Nach dieser sehen wir ein schönes technisches Spiel von beiden Seiten. Nach kurzer Zeit gelingt es Rot-Weiß zum 2:0 einzufinden. Janal kann zwar das Resultat noch einmal reduzieren, doch Rot-Weiß stellt 10 Minuten vor Schluß den alten Stand wieder her. Bis zum Abpfiff wiederum offenes Spiel.

Janal-West I — Solidarität I 5:2

Die Gegner lieferten sich ein schönes Treffen. Eine schwache Ueberlegenheit von Seiten Janals war im Spiele selbst zu verspüren und der Sieg ist vollauf verdient. Janal schloß das erste Tor, während Solidarität bis zur Halbzeit ausglich. Nach Wiederbeginn stellte Janal das alte Resultat her, doch Solidarität versteht es, noch einmal gleich zu ziehen. Bis zum Schluß Ueberlegenheit von Seiten Janals, welche sich in dem obigen Ergebnis auswirkt.

Dynamo I — Grün-Weiß I 3:2

Ein hartes, aber faires Treffen lieferten sich beide Gegner, und bis zur Halbzeit schien Grün-Weiß durch zwei Tore bereits als Sieger festzustehen. Diese Siegesicherheit mag es wohl auch gewesen sein, daß die Kampfmannschaft Dynamo ihr Bestes hergab, um zum Schluß knapp, aber es langte ja, zu gewinnen.

Eiche I — Sandberg I 0:3 (0:1)

Auf dem Nieder-Salzbrunner Plage standen sich oben genannte Mannschaften gegenüber, um sich im ersten Serienspiele zu messen. Das Spiel setzte bald mit einem Tempo und leider mit einer Härte ein, so daß sich ein ausgeprochenes Kraftspiel zeigte. Eiche kam einen Elfmeter nicht verwerten, und erst in der 41. Minute konnte Sandberg in Führung gehen. In der zweiten Hälfte der Spielzeit bekommt Sandberg einen Elfmeter zugesprochen, der glatt verwandelt wird. Das Spiel nimmt bedenklich scharfe Formen an, und ein Ringpieler kann sich das Spiel von draußen ansehen. Eiche be-

Vorstoß aufs Land!

„Der Land- und Forkarbeiter“ gelangt Ende des Monats zur Auslieferung. Die Nummer bringt reiches Material aus Schlesien. Bestellungen sind an das Bezirkskomitee Schlesien der R.G.D. (Abt. Literatur und Presse), Breslau 1, Breite Straße 6/7, zu richten. Genossen, bestellt sofort und reichlich!

Plakate für Landarbeiter- und öffentliche Versammlungen sind allen Unterbezirksleitungen zugegangen. Die Ortsgruppen müssen sie sofort dort anfordern bzw. abholen.

kommt noch zwei weitere Elfmeter zugesprochen, aber keiner wird verwertet. Trotzdem sich eine Ueberlegenheit von Eiche bemerkbar macht, kann Sandberg zum 3:0 einfinden. Erst wenige Minuten vor Schluß kann Eiche das Ehrentor retten. Vorher spielte die Jugend und die zweiten Mannschaften der genannten Vereine, die mit 2:0 und 10:0 von den Ringmannschaften gewonnen wurden.

Die Mannschaftsmeisterschaft der Athleten

Freie Sportvereinigung 1897 Breslau Kreismeister der A-Klasse Eiche-Viegitz mit 20:8 geschlagen

Hart umkämpft ist diesmal in der Serie 1930/31 die Mannschaftsmeisterschaft im Ringen der A-Klasse, welche vom 1. Kreis Schlesien des Deutschen Arbeiter-Athleten-Bundes durchgeführt werden. Zu Beginn der Kreisserie starteten sämtliche sechs Bezirksmeister der A-Klasse, von denen in den Vorrunden „Einigkeit“ (Schlesien), „Die Freien“ (Tannhausen) und Kraftsportverein „Benzig“ (Schlesien). Die Vorrundensieger „Eiche“ (Viegitz), „Einigkeit“ (Langenbielau) und die „Freie Sportvereinigung 1897“ (Breslau) müssen nun jeder gegen jeden kämpfen, um den Meister festzustellen. Die Breslauer, die in ihrer ersten Zwischenrunde gegen Langenbielau die Punkte buchen durften, traten am gestrigen Sonntag im gut besuchten „Wintergarten“ im Viegitz dem Sportklub „Eiche“ (Viegitz) gegenüber. Vom Fliegen- bis zum Schwergewicht gab es in der Vorrunde höchst interessante Kampfschauen und boten manche Paare höchst technisch stehende Kämpfe. Die 1807er gingen in den leichteren Klassen glatt in Führung und konnten in beiden Runden siegreich bleiben und somit sich als Kreismeister für 1931 durchsetzen. Die einzelnen Treffen verliefen wie folgt: Der Fliegengewichtler Schmidt (1807) siegt in 1,28 Min. durch Untergriff über Buchwald (Viegitz) und im zweiten Treffen in 3,49 Min. durch Einbrücken der Brücke. Im Bantam wirkt G. Rüholdt (1807) in 3,02 Min. durch Einbrücken der Brücke Thomas (Viegitz) und wiederholt seinen Erfolg durch verkehrte Armstehender in 2,22 Min. Strauch (1807) siegt im Federgewicht in 3,17 Min. durch Schleuder über Münch (Viegitz), im Rückkampf wirkt der Breslauer in 12 Sekunden den Viegitzer durch Hüftschwung. Die Leichtgewichtler Weiß (1807) und Pöschel E. (Viegitz) trennten sich in der Vorrunde nach schönem technischem Treffen unentschieden und gehen auch im Rückkampf erfolglos auseinander. Im leichten Mittelgewicht sichert sich Zimmer (1807) einen Punktsieg über Nohke (Viegitz), um dann im zweiten Treffen unentschieden sich zu trennen. Im Halbschwergewicht muß sich Ahmann (1807) in beiden Treffen mit einem Unentschieden gegen den jähren Tischmann (Viegitz) begnügen. Der Schwergewichtler Peier (1807) unterlag nach Punkten gegen den alten Kämpfer Bauer (Viegitz), um dann den Rückkampf offen zu halten und ein Remis zu erzielen. Resultate der Vorrunde: „1897“ (Breslau) — „Eiche“ (Viegitz) 10:4; Resultate der Rückrunde: „1897“ (Breslau) — „Eiche“ (Viegitz) 10:4. Im Gesamtklassement siegte die „Freie Sportvereinigung 1897“ (Breslau) gegen „Eiche“ (Viegitz) mit 20:8 Punkten.

Neurode — Weißstein

Im Freundschaftsspiel standen sich am Sonntag, dem 8. März, in Neurode die erste, zweite und erste Jugend-Mannschaft gegen dieselben des NSB. Adler-Weißstein gegenüber. Gewinnaussichten für Neurode I waren vorhanden, da sie bis zehn Minuten vor Schluß noch 4:2 führten, konnten aber nicht verhindern, daß Adler I noch zwei Tore aufholte, und so trennten sich die Mannschaften mit 4:4. Adler II konnte überlegen Neurode II mit 7:2 besiegen. Die erste Jugend von Neurode gewann mit 2:0 gegen Adler erste Jugend.

Arbeiter-Athleten-Bund Deutschland, 1. Bezirk, Breslau. Heute, Montag, 19.30 Uhr, wichtige Vorstandssitzung. Sämtliche Vereinsvorstehende müssen erscheinen bei Melzig, Burgstraße, Ecke Oberstraße.

Sportvereinigung Norholt 03 e. V., Abteilung Ohlauer Tor. Freitag, den 20. März, 20 Uhr, bei Anton Zoublik, Königgräber Straße 10, Monatsversammlung. Sämtliche Genossen haben zu erscheinen. Es werden dort Karten zum Saalportfest ausgeben. Anschließend heitere Fibelitas der Abteilung.

Freie Sportvereinigung 1897. Montag, 20 Uhr, Handballer bei Klante.

Wie rüsten zur Spartakiade

Alle Länder werden vertreten sein — Brief aus Frankreich

Soeben erfahren wir, daß unsere französischen Sportgenossen in Berlin auf der Spartakiade mit uns zusammen aufmarschieren werden. Sie teilen uns unter anderem folgendes mit:

„Seit dem Monat Dezember steigt die Arbeitslosigkeit in Frankreich von Tag zu Tag. Heute zählen wir schon 300 000 Erwerbslose. Die französischen Nationalisten und Sozialisten entfalten eine wilde Hege gegen die ausländischen Arbeiter. In jeder Plakatfalte und in jeder Zeitung werden die ausländischen Arbeiter angegriffen und beschimpft. In jeder Straßenecke wird bekanntgemacht: „Frankreich den Franzosen und keine Arbeit den Ausländern!“ In erster Linie müssen französische Arbeiter beschäftigt werden.

Aber wir französischen Arbeiter wissen, daß unser Kampf nicht gegen die ausländischen Arbeiter, sondern gegen das kapitalistische System gerichtet sein muß, und daß es nur die kommunistische Partei ist, die für uns und die ausländischen Arbeiter eintritt. Es ist den ausländischen Arbeitern strengstens verboten, zu demonstrieren und zu streiken. Andernfalls werden sie sofort ausgewiesen. Fast alle ausländischen Arbeiter sind schon ohne Arbeit. Man will sie so schnell wie möglich aus Frankreich heraus haben. Unseren Kameraden Francois Drahoz, der Ungar ist, hat man auch schon aus Paris ausgewiesen. Er hat Glück gehabt, daß er noch in Cannes unterkommen konnte.

Die Spartakiade hat bei uns einen lebhaften Widerhall gefunden und wird hierfür eine rege Propaganda entfaltet. Die uns übermittelte Ratsschläge habe ich dem Spartakiade-Ausschuß mitgeteilt, wir werden im nächsten Brief auch hierüber Positives mitteilen. Die ausgewiesenen. Er hat Glück gehabt, daß er noch in Cannes untergewaltige Kundgebungen.

Mit Rot Front und Rot Sport Voris aus Paris.

Arbeiten wir also Hand in Hand für das Gelingen der Spartakiade und für einen Massenaufmarsch.

Briefkasten

Weißstein. Arbeitersport erscheint in der „AZ.“ am Montag und Dienstag, und am Sonnabend die Vorjahre. Bitte, richte dich danach mit der Berichterstattung, da ein achtzigiges Nachhinken unmöglich gebuldet werden kann.

Verantwortlich für die erste und zweite Hauptseite, für Breslau Waldenburger Bergland, Nieder-Schlesien: Wilhelm Biemal, Breslau. — Für die übrigen Seiten: Karl Freihner, Berlin für Inserate: Karl Gansdorf, Breslau. Druck: „Fortschritt“, A.G., Filiale Breslau

Advertisement for furniture and chairs. Includes text: 'Vor Einkauf von Möbeln u. Stühlen aller Art', 'Achtung!', 'NONI Gastspiel verlängert bis 31. März', 'Warum?? weil das Theater täglich ausverkauft!', 'Trebnitzer Roßfleischerei', 'Biener & Dürrig, Breslau', 'Paul Martin'.

Bade dich gesund im Breslauer Hallenschwimmbad